

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Die PDS im
Freudentaumel ?
S. 3**

**Polizeigewalt in
Göteborg: EU-Gipfel
S. 5**

**Zur Europareise des
US-Präsidenten:
Klisches und Realität
S. 7**

**Pauschalierung
der Sozialhilfe in
der Kritik
S. 12**

**Zustellerinnen und
Zusteller der
Badischen Zeitung:
Erste Erfolge nach
Warnstreik
S. 14**

**Einmischung
erwünscht: Für eine
Zivilisierung des
israelisch-
palästinensischen
Konflikts
S. 19**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de — Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

VERFAHREN NATO-EINSATZ. Am 19. Juni begann das Bundesverfassungsgericht mit der mündlichen Verhandlung über den Antrag der PDS-Fraktion gegen die Zustimmung der Bundesregierung zu den Beschlüssen über das neue Strategische Konzept der NATO. Dieses Strategische Konzept des Bündnisses war von dem auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs tagenden NATO-Rat im April 1999 beschlossen worden. Dieser Beschluss ermöglichte unter anderem die Bombardierung Jugoslawiens; zuvor waren NATO-Einsätze auf das Territorium der Mitgliedsstaaten beschränkt. Die Klage der PDS-Fraktion richtet sich gegen die Übergehung des Bundestages, der über diese wesentliche Änderung der NATO-Strategie nicht abgestimmt hatte. Außenminister Fischer meinte dagegen, die Regierung dürfe sich in ihrem außenpolitischen Handeln nicht einschränken lassen. Ein Urteil des Verfassungsgerichts wird für den Herbst erwartet.

ACHSE BERLIN-PARIS. Am 12. Juni tagte in Freiburg der deutsch-französische Sicherheitsrat, die politischen Spitzen also der beiden Länder mit Schröder und Jospin. Die gemeinsame Erklärung hat eine unverhohlene militaristische Ausrichtung. Das verdeutlichen die konkreten Projekte, die angesprochen werden — „gemeinsame Ausbildung des zivilen und militärischen Führungspersonals“; „europäische Koordinierungszelle für Lufttransport im niederländischen Eindhoven“, „gemeinsames Lufttransportflugzeug Airbus A-400M“ und „Entwicklung einer europäischen Fähigkeit zur satellitengestützten Aufklärung“. Ebenso deutlich sind die allgemeinen strategischen Formulierungen: „Die Europäische Union muss in die Lage versetzt werden, über die gesamte Bandbreite des zivilen und militärischen Instrumentariums zur Verhinderung und Bewältigung von Krisen zu verfügen. Die ausgewogene Entwicklung ziviler und militärischer Fähigkeiten verleiht der EU ihren besonderen Charakter auf dem Gebiet der Krisenbewältigung ... Deutschland und Frankreich sind überzeugt, dass es keine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ohne die Entwicklung einer echten europäischen Sicherheits- und Verteidigungskultur geben kann.“ Wenn militärische Aufrüstung und Ausbildung zur „Kultur“ überhöht werden, kann einem schon Angst werden.

RÜSTUNGSKONVERSION. Aus Anlass der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2001 durch das Bundeskabinett wies der PDS-Abgeordnete Uwe-Jens Rössel (Mitglied im Haushaltsausschuss) auf versteckte Ausgabensteigerung im Verteidigungshaushalt hin. „Für die Finanzierung kostspieliger Beschaffungsprojekte wie beispielweise den Eurofighter – Kostenpunkt insgesamt über 30 Mrd. DM – darf Schärfing 80 Prozent der

Erlöse aus dem Verkauf der nicht mehr benötigten Bundeswehrgrundstücke und -ausrüstungen verwenden. Während Schärfing Milliarden für den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsatzbereiten Interventionsarmee einsetzen will, fühlt der Bundesverteidigungsminister sich für die Konversion und die Belange der von Standortschließungen betroffenen Gemeinden offenbar nicht zuständig. Die PDS lehnt das gesamte Bundeswehrkonzept aus den Häusern Eichel und Schärfing ab. Der gesamte Verteidigungsetat muss einer konsequenten Abrüstung untergeordnet werden. Hierzu gehört auch, dass zusätzliche Einnahmen der Bundeswehr — wie es beim Verkauf bundeseigener Immobilien und Ausrüstungen der Fall ist — nur für eine zielgerichtete Abrüstung der Bundeswehr, für Konversion und für die Unterstützung der von Standortschließungen betroffenen Gemeinden verwendet werden darf.“

TRENNUNG VON KIRCHE UND STAAT.

Am 26. Juni verhandelt das Bundesverfassungsgericht den sog. Verfahrenskomplex „LER“. Er betrifft die Stellung des Religionsunterrichtes und die Einführung des Schulfachs Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER) in Brandenburg. Dem Bundesverfassungsgericht liegen ein Normenkontrollantrag der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages und vier Verfassungsbeschwerden von zahlreichen katholischen und evangelischen Eltern und Schülern, von drei Bistümern und von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg vor. Die Kläger wollen durchsetzen, dass in Brandenburg wie in anderen Bundesländern Religionsunterricht durch die zwei großen christlichen Kirchen erteilt wird. Brandenburg hat statt dieser Art Religionsunterricht das Schulfach LER eingeführt.

VERGABEGESETZ. In vielen Städten folgten etwa 65 000 Beschäftigte dem Aufruf der Gewerkschaft ver.di, Druck auf den Bundesrat zu machen, der am 22. Juni über die nordrhein-westfälische Gesetzesinitiative zur Einführung eines Vergabegesetzes beschließt. Darin solle eine Verpflichtung auf die Tarifverträge bei der Vergabe öffentlicher Nahverkehrsleistungen an Private festgeschrieben werden. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Jan Kahmann wertete die morgendlichen Aktionen als Erfolg. Nur durch ein Vergabegesetz könnten tarifvertraglich gesicherte Standards im Nahverkehr erhalten bleiben: „Sonst wird, gerade auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden EU-Osterweiterung, einer nicht ein-dämmbaren Tarifflucht Tür und Tor geöffnet.“ Arbeitgeberpräsident Hundt sah das Tarifvertrags- und Arbeitskampfrecht in seinen Grundfesten erschüttert, wenn diese Form illegaler politischer Streiks Schule mache, und sprach von verfassungsrechtlichen Bedenken.

Die PDS im Freuden taumel?

Die politische Szene in Berlin und anderswo ist in Bewegung geraten. Die Krise, die vom CDU-dominierten Senat heraufbeschworen wurde und schließlich zum Sturz dieser kalten Krieger führte, hat neue politische Konstellationen hervorgebracht. Die SPD als Koalitionspartner – besser Juniorpartner – der CDU hat die Situation insofern gemeistert, als sie sich spät, aber doch noch rechtzeitig aus dem Bündnis löste und somit noch recht unbeschadet aus dem gesamten Schlamassel hervorging. Jedenfalls gelang es ihr, die Hauptverantwortung für Schulden, Filz (das Modewort in Berlin!) und Misswirtschaft im Wesentlichen der CDU zuzuschieben. Eine große Mehrheit der Bevölkerung jedenfalls ist für die Beendigung der Misere und sucht nach einem Ausweg. Und die Misere ist allumfassend.

Berlin ist nach wie vor eine geteilte Stadt. Das trifft zu auf soziale Fragen, Löhne und Gehälter, berührt aber auch den Zustand des Ostteiles der Stadt, den die Sparmaßnahmen stärker trafen als den westlichen. Geteilt ist die Stadt aber auch, weil ein Großteil ausländischer Bürger von vielen demokratischen Entscheidungen nach wie vor ausgeschlossen ist. Der Gegensatz zwischen den neuen Regierungsbauten und dem Zustand mancher Schulen ist gravierend. Nicht zu sprechen vom Gehalt der Schulbildung in Berlin, dem Lehrermangel und Schülerverdruss. Die Aufzähnung ließe sich fortsetzen: Der Senat unter Eberhard Diepgen konnte mit seiner Politik die Stadt nicht einen, er hat die Spaltung, vor allem auch im sozialen Sinne, aufrechterhalten und vertieft.

Mit der Abwahl des alten Senates und der Bildung einer rot-grünen zeitweiligen Koalition, die von der PDS toleriert wird, hat sich die Chance eines Wandels in der Stadt aufgetan. Viele Menschen, im Westen wie im Osten, sind der Meinung, dass die PDS diesen Wandel mittragen und Verantwortung übernehmen muss. Dazu ist sie, wie die letzten Ereignisse zeigen, durchaus bereit.

Der außerordentliche Landesparteitag vom 15.6.2001 stellte in einer Resolution „Für einen politischen Neuanfang in Berlin“ (s. nebenstehend dokumentiert) fest, dass „die Verhältnisse ins Tanzen gekommen sind, politische Tabus sind gebrochen. (...) Ein politischer Neuanfang (muss) mehr Toleranz, mehr Weltoffenheit, mehr Humanität und ein Mehr an

Dokumentiert

Für einen politischen Neuanfang in Berlin Resolution des Außerordentlichen Landesparteitages der PDS Berlin

Seit einer Woche findet in Berlin ein Volksbegehren statt, das die Auflösung des Berliner Abgeordnetenhaus fordert. In wenigen Tagen haben über 50.000 Berlinerinnen und Berliner unterschrieben. Sie fordern einen politischen Neubeginn für die Stadt. Dieser öffentliche Druck zeigt jetzt Wirkung.

Die große Koalition aus CDU und SPD ist an ihrem Filz zerbrochen. Die CDU trug in den alten Strukturen die maßgebliche Verantwortung, aber auch die SPD war beteiligt. Sie wird beweisen müssen, wie ernst es ihr mit dem Neuanfang ist.

Ein Übergangssenat, gebildet von SPD und Grünen, toleriert von der PDS, muss Neuwahlen vorbereiten. So werden die Berliner Wählerinnen und Wähler als bald das Wort erhalten.

Die Berliner PDS steht vor einer der größten politischen Herausforderungen ihrer Geschichte. Sie hat in Wahlprogrammen und Parteitagsbeschlüssen immer wieder das Ende der großen Berliner Koalition gefordert und es angestrebt. Nunmehr besteht die reale Möglichkeit, dies umzusetzen.

Die Verhältnisse sind ins Tanzen gekommen, politische Tabus sind gebrochen. Was vor wenigen Monaten noch unmöglich schien, ist in greifbare Nähe gerückt: Die Ablösung der großen Koalition und ein politischer Neuanfang in Berlin, beides mit aktiver Beteiligung der Partei des Demokratischen Sozialismus. Das kann ein großer Schritt in Richtung innerer Einheit der Stadt sein.

Die Schwierigkeiten sind gewaltig. Milliardenlöcher im Haushalt müssen ausgeglichen werden. Die angehäuften Schulden der Stadt engen den Handlungsspielraum der Politik dramatisch ein. Struktur-Veränderungen sind nötig und sie werden auch schmerhaft sein. Wer anderes behauptet, betreibt verantwortungslose Schönrednerei. Gerade deshalb drängen wir darauf: Die notwendige Konsolidierung des Haushaltes muss sozial gerecht gestalten werden. Dafür werden wir Verantwortung übernehmen.

Zugleich muss ein politischer Neuanfang mehr Toleranz, mehr Weltlichkeit, mehr Humanität und ein Mehr an Bürgerrechten, bringen, kurzum – eine neue politische Kultur in der Stadt.

Die Berliner PDS hat durch beharrliche und konsequente Arbeit zum Sturz des „System West-Berlin“ beigetragen. Sie hat sich Anerkennung bei anderen Parteien, vor allem aber bei den Bürgerinnen und Bürgern erworben – auf Landesebene und in den Bezirken.

Wir werden bei Neuwahlen um das bestmögliche Resultat für die PDS kämpfen. Nach der Wahl sind mehrere Konstellationen denkbar. Dazu gehört erst-

mals die Möglichkeit für die PDS, Regierungsverantwortung zu übernehmen und damit den Beweis antreten zu müssen, dass sie kann, was man ihr zunehmend zutraut.

Aber es gibt keinen Automatismus in der Politik, auch nicht für Konstellationen nach der Wahl. Die Ablösung der heruntergewirtschafteten Großen Koalition ist das eine, die Bildung einer neuen Regierung das andere. Wenn die Wählerinnen und Wähler es wollen, werden die Parteien links von der CDU ein neues politisches Projekt verhandeln müssen. Ein Projekt, das erkennbar soziale Gerechtigkeit und demokratische Freiheit als Maßstab hat. Dafür, aber auch nur dafür, könnte die PDS ein Regierungsbündnis tragen. Andernfalls kann sie auch als gestärkte Opposition Druck von links ausüben.

Die PDS hat bei den Berlinerinnen und Berlinern viel an Vertrauen gewonnen. Durch ihre Sachpolitik und durch ihre entschiedene Abkehr von den Fehlern der Vergangenheit. Sie wird diesen Weg fortsetzen. Gerade in der Geschichts-Diskussion wird es für uns keinen Schlussstrich geben.

Historische Jahrestage sind Anlässe, für uns aber gilt grundsätzlich: Der Kampf um hohe Ziele in der DDR ging damit einher, dass Menschenrechte verletzt, ja außer Kraft gesetzt wurden. Dafür war die SED politisch verantwortlich.

Aus der Logik des kalten Krieges wird vieles erklärlich. Aber kein Staat hat das Recht, seinen Bürgerinnen und Bürgern Freizügigkeiten und die Ausreise zu verweigern und erst recht nicht mit Gewalt. Deshalb sind die Toten an der Berliner Mauer durch nichts zu rechtfertigen.

Eine bessere, eine sozialistische Gesellschaft kann nicht erreicht und nicht angestrebt werden, indem Demokratie und Menschenrechte verletzt werden. Dieser Bruch markiert die Scheidelinie zwischen SED und PDS.

Vor uns steht ein harter Wahlkampf. Die CDU will in die Schützengräben des kalten Krieges zurückkehren. Sie wird damit scheitern. Die PDS wird einen sachorientierten Wahlkampf führen, mit Argumenten überzeugen und mit Ehrlichkeit um Vertrauen werben.

Berlin steht vor einem historischen Umbruch. Deshalb fordern die Delegierten des außerordentlichen Parteitages die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, die CDU-Herrschaft in der Stadt zu beenden und durch Wahl und Tolerierung eines rot-grünen Übergangssenats baldmöglichst Neuwahlen herbeizuführen.

Außerordentlicher Berliner Landesparteitag - 15. Juni 2001, mit 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen

Bürgerrechten bringen ...“ Der erste Schritt ist getan und die CDU-Herrschaft beendet. Nun stehen Neuwahlen an.

Für diese Wahlen hat sich am vergangenen Sonntag Gregor Gysi als möglicher Spitzenkandidat der PDS zur Verfügung gestellt. Selbstbewusst erklärte er, dass er, sollte der Landesverband ihn nominieren, Regierender Bürgermeister der Stadt werden will. Seine Ziele:

West- und Ostberlinern helfen, so zusammenzufinden, dass „Berlin ein wirkliches Gemeinschaftsprojekt wird,“ dass „die Geschichte der Stadt...kritisch aufgearbeitet wird“ und „die Zeit des Kalten Krieges und der Frontstadttideologie für immer“ vorbei ist und dass „die notwendige Sanierung der Stadt sozial gerecht erfolgt, dass Armut und Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden“.

Und Gysi machte deutlich, dass es für ihn nur um zwei, Berlin betreffende Varianten gehen kann: Die PDS erhält in einer gemeinsamen Koalition die Mehrheit der Stimmen und er wird Regierender Bürgermeister. Oder die PDS erreicht in der Koalition nicht die Mehrheit und er nimmt eine andere Aufgabe, nicht die des Regierenden, wahr. Gysi schloss, davon muss er den kommenden Wahlparteitag des PDS-Landesverbandes noch überzeugen, eine Tolerierung eines rot-grünen Senates nach den Wahlen, die voraussichtlich im September stattfinden, aus. Gleichzeitig wiederholte er den Vorschlag, den Regierenden Bürgermeister Berlins direkt zu wählen, was eine Verfassungsänderung bedeuten würde.

Sowohl die Erklärung Gregor Gysis wie auch die Aussagen des Landesparteitages verdeutlichen, dass die PDS sich nicht – wie PDS-Fraktionschef Harald Wolf erklärte – auf „kaltem Wege“ in den Senat schleichen will. Sie will Neuwahlen und eine, wenn möglich, direkte Legitimation der Wähler.

Und sie weiß, warum das angestrebt werden muss. Die in Berlin anstehenden Fragen erfordern ein Höchstmaß an Verantwortung. Die notwendigen Sparmaßnahmen können keinesfalls zu Lasten der

Bevölkerung durchgeführt werden. Gysi weiß einen Weg (!): Er würde in allen Fachressorts des Senates Sanierungskonzepte erarbeiten lassen, wobei in der Bildung jedoch mehr als bisher ausgegeben werden muss und in der Kultur nicht gespart werden kann.

Es ist nur zu hoffen, dass die Verantwortlichen der PDS noch etwas mehr im



Schroffe soziale Gegensätze

Kasten haben als erste Sprüche. Jedem müsste klar sein, dass die vom alten Senat angehäufte Schuldenlast sich nur sehr schwer abtragen lassen wird. Woher, so steht die Frage, wird ein kommender Senat mit PDS-Beteiligung Geld bekommen? Weitere Privatisierungen stehen zur Debatte. Einschränkungen in Verwaltungen und in der Wirtschaft werden erforderlich sein. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass Berlin mit seiner Finanzlage erst einmal allein fertig werden muss.

Und wie wird sich die nun erst einmal abgehalftete CDU in Berlin und bundesweit verhalten? An ersten Reaktionen wird deutlich, dass sie weiß, was es heißt, wenn die PDS in Berlin durch Wählervotum in größere Verantwortung gebracht wird. Die nächsten Wochen vor der Wahl in Berlin werden zeigen, was noch in den Arsenalen der bürgerlichen Parteien vorhanden ist. Schon jetzt wird gedroht und

die „komunistische Gefahr“ beschworen. Dabei geht es um weiter nichts, als in Berlin Normalzustand herzustellen, was auch heißt, die 40 Prozent Wähler der PDS im Osten als gleichberechtigt und selbstbestimmt anzuerkennen.

Auf dem Landesparteitag der PDS spielte deshalb auch die Geschichte der PDS und damit verbunden die Geschichte Berlins eine große Rolle. Wie verhält die PDS sich zur Berliner Mauer, wie wird sie mit diesem Erbe im kommenden Wahlkampf umgehen? In einer Resolution erklärte der Parteitag, dass kein Staat das Recht habe, seinen Bürgern die Ausreise zu verweigern und die Toten an der Mauer durch nichts zu rechtfertigen sind. Dem stimmte der Parteitag in seiner Mehrheit zu. Allerdings gab es auch Stimmen, die wahltaktische Überlegungen hervorbrachten und von den „kleinen Leuten“ sprachen, die man vor den Kopf stoßen würde, wenn man sich nicht gegen das DDR-Grenzregime aussprechen würde. Es ist sicher nicht zu verhindern, dass es immer Leute gibt, die prinzipielle Positionsnahmen gegen opportunistisch gedachte eintauschen möchten.

Sicher, die politische Situation in Berlin und anderswo (die PDS Sachsen-Anhalt will keine Tolerierung mehr – sie will Verantwortung übernehmen, die PDS Sachsen und Thüringen redet über neu Möglichkeiten in ihren Ländern, inzwischen gibt es PDS-Landräte usw.) ist im Wandel begriffen. Das wird sich auch auf die Bundestagswahlen im nächsten Jahr auswirken können. Allerdings ist es noch weit bis zu dem Tag, an dem die PDS als linke Partei sich einen festen Platz in der politischen Landschaft der BRD erobert haben wird. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und Berlin noch nicht den bundesweiten Erfolg, den manche in der PDS unter Umständen schon sehen. Es sei denn, sie beabsichtigen, den gleichen Weg zu gehen wie ihr die bundesdeutsche grüne Partei gegangen ist. Freude ist gut, aber realistisches Herangehen ist besser.

abe

Dokumentiert

Gregor Gysi

Ich stehe für Brücken – nicht für Mauern

Ich will, wenn mich der Landesverband der PDS Berlin nominieren sollte, Regierender Bürgermeister der Hauptstadt mit folgenden Zielen werden:

(...) Ich möchte dafür eintreten, dass die notwendige Sanierung der Stadt sozial gerecht erfolgt, dass Armut und Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden.

Ich möchte, dass die Bildungschan-

cen für die jungen Generationen ausgebaut werden und die vielfältigen Formen von Kunst und Kultur in dieser künftigen europäischen Metropole er-

halten bleiben. Alle anderen Ausgaben müssen auf den Prüfstand, aber auch Einschnitte müssen mit Bedacht und gerecht erfolgen. Privatisierungen werden notwendig sein, aber nicht um den Preis, dass der Senat seine sozial-ökologische Regulierungsfähigkeit verliert.

Ich will den Filz aus Politik, Geld- und Immobilienwirtschaft in Berlin vollständig überwinden und dadurch Chancengleichheit auch für Unternehmen herstellen. Dieser Filz trägt die Verantwortung dafür, dass es einerseits am Notwendigen in Kindertagesstätten, Schul- und anderen Bildungseinrichtungen, in Jugend- und Freizeiteinrichtungen mangelt und es andererseits Milliardenverluste gibt, die durch die Bürgerinnen und Bürger zu tragen sind.

Nur durch Überwindung dieses Filzes wird Berlin für seriöse Investoren wesentlich interessanter als bisher werden. Das ist die Voraussetzung für die Ansiedlung moderner Industrien und Dienstleistungen, für neue Arbeitsplätze, höhere Einnahmen der Stadt und mehr soziale Gerechtigkeit. (...)

Die Verwaltung der Stadt muss gestrafft, entbürokratisiert und transparenter, Genehmigungsverfahren müssen bürgernäher und investitionsfreundlicher gestaltet werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung müssen neu und besser als Dienstleisterinnen und Dienstleister an ihrer Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern motiviert werden. (...) (stark gekürzt)

Mehr Staatsknefe, aber nicht für Arbeitslose

Die Fraktionen von SPD und Grüne im Bundestag haben jetzt die Eckpunkte für ein Gesetz zur Arbeitsförderung vorgelegt mit dem Titel JOB-Aktiv (Aktivieren Qualifizieren Trainieren Investieren Vermitteln). Es ist ein Produkt, das sozialdemokratische Sozialbürokratietechniken paart mit dem rücksichtslosen, Kosten und Aufwand scheuen den Arbeitsmarktverhalten der Kapitalisten – also ziemlich schrecklich.

Manche Idee, die in dem Eckpunktepapier niedergelegt ist, scheint auf den ersten Blick tatsächlich eine Reform ineffektiver Formen der Arbeitsvermittlung. Während bislang bestimmte Maßnahmen wie Lohnkostenzuschüsse, Umschulungen usw. erst gewährt wurden, wenn die Arbeitslosigkeit bereits längere Zeit gedauert hatte, soll die Arbeitsämter jetzt bereits frühzeitig eingreifen, um Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern – sicher sinnvoll, weil, je länger die Arbeitslosigkeit andauert, um so schwieriger wird der Wiedereinstieg in eine Beschäftigung.

Ebenfalls positiv sehen könnte man die Verpflichtung für die Arbeitsämter, bei absehbar schwer vermittelbaren Arbeitslosen von vornherein besondere Anstrengungen zur Förderung, Weiterbildung usw. zu unternehmen, um eine Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern.

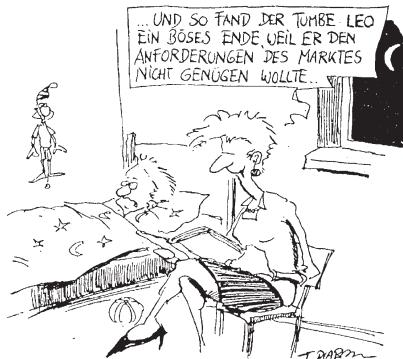
Und selbst die Zahlung von Prämien an die Unternehmen, die Umschulungen und Weiterbildung organisieren, für den Fall, dass sie jemanden vermitteln, hat was für sich.

Aber – und diese Aber müssen dick und fett unterstrichen werden:

Auf eines hatten wir bereits im Zusammenhang mit dem Armutsbericht hingewiesen. Rotgrün hält die Politik der Drohung mit der Vereidlung aufrecht. Das Stichwort im Eckpunktepapier hierzu lautet: „Fördern und fordern“. Wir zitieren:

„Die Umsetzung der Eingliederungsvereinbarung setzt die Pflicht zur aktiven Mitwirkung der Arbeitslosen voraus (Fördern und Fordern). In Ergänzung der bisherigen Regelungen zur Sperrzeit wird dabei gesetzlich klargestellt, dass Arbeitslose, die bei einem Arbeitsangebot durch das Arbeitsamt nicht unverzüglich einen Vorstellungstermin mit dem potentiellen Arbeitgeber vereinbaren, einen vereinbarten Termin versäumen oder durch ihr Verhalten im Vorstellungsgespräch eine Arbeitsaufnahme vereiteln, ohne dafür einen wichtigen Grund zu haben, für die Dauer einer Sperrzeit von regelmäßig zwölf Wochen kein Arbeitslosengeld bzw. keine Arbeitslosenhilfe erhalten.“

Die Reform schränkt die Funktion der



Arbeitslosenkasse als Einkommenssicherung im Falle der Arbeitslosigkeit weiter ein, ausgebaut wird die Funktion als Vermittlungs- und Qualifikationseinrichtung, die den Kapitalisten Lohnkosten einspart. Nun könnte man auch das noch für vertretbar halten, dass eben die Öffentlichkeit die Weiterbildung organisiert, wenn die Kapitalisten dazu nicht willens und in der Lage sind, aber so soll es nicht aussehen. Zwar soll die Qualifizierung aus der Arbeitslosenkasse bezahlt werden, Inhalte und Form bestimmen aber fast ausschließlich die Unternehmen. Im Einzelnen heißt das:

„Jobrotation ... Die betriebliche Freistellung einer Arbeitnehmerin/eines Arbeitnehmers zum Zwecke der Weiterbildung wird unterstützt, indem der Arbeitgeber für die befristete sozialversicherungspflichtige Einstellung einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters einen Lohnkostenzuschuss erhält, wenn diese Stellvertreterin/dieser Stellvertreter zuvor arbeitslos war.“

„.... wird Arbeitgebern, die ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eine Qualifizierung unter Weiterzahlung des Gehaltes freistellen, der Lohn ganz oder teilweise erstattet.“

„Um arbeitsplatznahe Qualifizierungen mit gleichzeitiger Teilzeitschäftigung zu eröffnen, werden die Möglichkeiten zum Bezug von Teilunterhaltsgeld während beruflicher Weiterbildung in Teilzeitform deutlich erweitert.“

„Weiterbildungsmaßnahmen im Ausland können künftig gefördert werden, wenn der Aufenthalt im Ausland zur Erreichung des Bildungsziels besonders sinnvoll ist. Dies kann z.B. bei Betriebspрактиka in Unternehmen mit internationalen Geschäftsaktivitäten der Fall sein. Die Förderfähigkeit einer beruflichen Ausbildung, die vollständig im Ausland absolviert wird, wird erweitert.“

In den Eckpunkten von Rotgrün ist keine Rede von Ansprüchen der Beschäftigten auf Weiterbildung, wie sie jetzt die IG Metall gerade mühsam versucht hat in einem Tarifvertrag unterzubringen. Stattdessen Geld für die Kapitalisten, die doch durch ihre Ausbildungs- und Einstellungspolitik in den letzten zehn bis zwanzig Jahren die von ihnen jetzt beklagte Situation von zuwenig Fachkräften verursacht haben.

alk
Das Dokument ist zu finden unter
www.spdfaktion.de/akzente/aaktiv

EU-Gipfel

Die schwedische Linkspartei (Vänsterpartiet) hat angekündigt, das Verhalten der Polizei in Göteborg vor das Parlament zu bringen. Die Polizei habe mit ihrem Agieren das Grundgesetz gebrochen. Noch niemals habe er, so wird der Abgeordnete Larsen zitiert, eine solche Brutalität der schwedischen Polizei erlebt, er sei Zeuge einer besorgniserregenden Entwicklung gewesen.

Die EU will auf die Tagesordnung des nächsten regulären Treffens der Innenminister im September Maßnahmen zur Einschränkung des Demonstrationsrechts und der Reisefreiheit setzen. BRD-Innenminister Schily und sein französischer Kollege fordern sogar eine Sondersitzung der EU-Innenminister. Vorbereitet wird dem Vernehmen nach eine gemeinsame Informationskarte über „Polit-Gewalttäter“, mit deren Hilfe Grenzkontrollen verstärkt und vermutete Demonstranten an der Einreise gehindert werden sollen. Im Gespräch ist sogar Menschen, die in dieser Kartei erfasst sind, vor Großereignissen und angekündigten Gegendemonstrationen festzuhalten. In Göteborg hatten sich die EU-Delegationen regelrecht im Tagungsgebäude verschanzt, für die Zukunft wird erwogen, sich zu Gipfeltreffen auf ein Schiff zurückzuziehen. Doch die zur Begründung für totale Abschottung und verschärfte Repression angeführten schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei in Göteborg dienen nur als Vorwand. Schaut man hin, ergibt sich ein völlig anderes Bild als das Schwarz (= linke Gewalttäter)-Weiß (= geradezu schon naiv dialogbereite und dann völlig überraschte Polizei)-Bild, das Politiker, Polizei und Medien suggerieren. Sie verschweigen einige wesentliche Tatsachen

Provokationen

Die linke norwegische Tageszeitung *Klassekampen* schreibt zur Vorgeschichte, ohne die die Auseinandersetzungen nicht zu verstehen sind: „Das Ganze begann am Donnerstag Vormittag (14.6.), als die Polizei die Hvitfeldtska Schule in Göteborg



Donnerstag: Die Polizei kann ihre Aggressivität nicht im Zaum halten



stürmte. Mehrere hundert DemonstrantInnen wurden eingeschlossen festgehalten. Rund 400 DemonstrantInnen wurden kollektiv festgenommen, da die Polizei die Auffassung vertrat, dass sie einer Gruppe zugehörten, die Gesetzesverstöße begehen könnten. Andere Gründe ... legte die Polizei zu keinem Zeitpunkt vor. Es wurden zu keinem Zeitpunkt Waffen oder andere Beweise gefunden, die an dieser Schule in die Richtung unerlaubter Handlungen wiesen. Die Polizei ging mit großer Härte gegen die DemonstrantInnen zu Werke, mehrere wurden brutal mit Kampfstöcken geschlagen ...“ Draußen Protestierende wurden durch Reiterstaffeln und mit Hunden bewaffneten Polizisten abgedrängt.

Erwähnt werden muss auch, dass massenhaft Menschen, die zu der Demonstration am Samstag nach Göteborg wollten, auf dem Weg gestoppt wurden, so eine Fähre aus Dänemark mit 500 Personen, mehrere Busse aus der BRD, darunter zwei Busse aus Hamburg, die elf Stunden festgehalten wurden. Mindestens zehn Menschen wurden festgenommen und abgeschoben. Auch das eine Provokation, die die Stimmung anheizte.



Polizeischüsse

Die unbegründete und harte Polizeiaktion gegen die Schule löste die gewalttätigen Auseinandersetzungen überhaupt erst aus. Die Polizei, die am Freitag drei Menschen durch Schüsse verletzte, einen davon lebensgefährlich, behauptet, sie habe in Notwehr geschossen und nur dadurch einen verletzten und bedrängten Kollegen retten können. Die auf n-tv zu sehenden Fernsehbilder widerlegen die Legende, auch Augenzeugen sagen aus, dass zwar

Demonstranten die Polizei mit Steinen bewarfen, der Schütze, der den lebensbedrohenden Schuss abgab, jedoch frei und unbedrängt schoss. Den heftigen Auseinandersetzungen am Freitag Abend war ein Polizeiangriff auf die im Großen und Ganzen friedlichen 1.500 Teilnehmer einer „Reclaim-The-Street“-Demonstration vorausgegangen.

Einkesselung

Trotz der schwierigen Situation kamen, sehr bedrückt, am Samstag ca. 25.000 Menschen zu der angekündigten Großdemonstration zusammen. Obwohl die Demonstration im Hinblick auf die Ereignisse tags zuvor nicht einmal den leitesten Versuch machte, sich dem EU-Tagsungsgebäude zu nähern, verbarrikadierte man sich dort regelrecht. Am Abend kesselte die Polizei eine kleinere Demonstration mit einigen hundert Teilnehmern ohne Anlass und Begründung und ohne vorherige Aufforderung zur Auflösung ein und hielt sie ca. 4 Stunden fest.

Insgesamt wurden über 700 Menschen



festgenommen, viele wurden verletzt. Der Abgeordnete der schwedischen Linkspartei Larsen, der mit Kritik am Verhalten einiger Demonstranten nicht sparte, erklärte dessen ungeachtet, dass die Polizei einen großen Teil der Verantwortung für die gewalttätigen Auseinandersetzungen trage. Sie habe mehrfach provoziert, habe Pflastersteine auf ungeschützte Demonstranten geworfen und geschossen. In vielen Städten der BRD (Bild unten: Hamburg) fanden Protestdemonstrationen gegen das Vorgehen der schwedischen Polizei statt.

scc



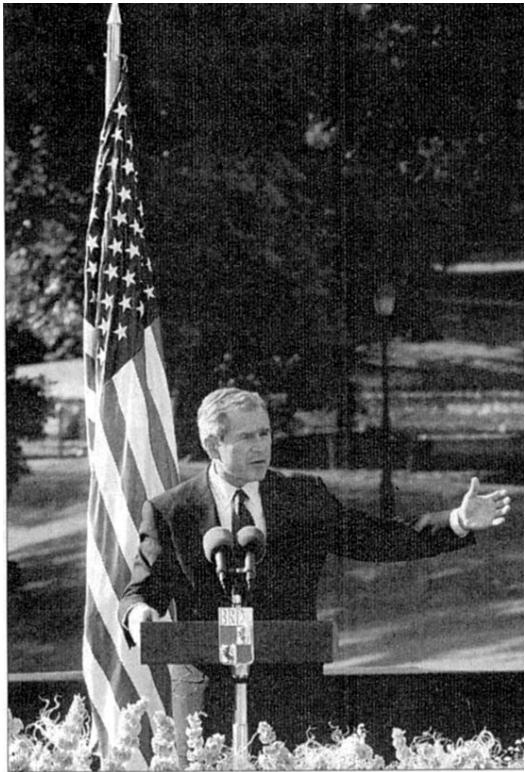
Zur Europareise des US-Präsidenten

Klischeses und Realität

Für seine erste Europareise empfahl der New Yorker *Observer* Präsident Bush, nur die Sprache zu sprechen, die er echt beherrscht, nämlich Englisch. Er machte Bush darauf aufmerksam, dass Slowenien nicht etwa die Slowakei und der Londoner Untergrund, die dortige Metro, keinesfalls eine Terrororganisation ist. Condoleezza Rice, Sicherheitsberaterin des Präsidenten, war schon ernster und warnte die Europäer, in Bush nicht etwa einen Possenreißer zu sehen, der oberflächlich und arrogant und mit umgeschnallter Pistole wie ein Cowboy daherkommt. Bush – als außenpolitisches „Leichtgewicht“ in Europa apostrophiert – war von seinen Beratern exakt und gründlich auf diesen ersten Europatrip vorbereitet worden. Alle Klischeses, die im Vorfeld über Bush und seine Administration verbreitet wurden, konnten deshalb eigentlich nur dazu dienen, den politischen Hintergrund der neuen US-Administration zu verniedlichen oder gar zu verharmlosen. Es ist auch kaum anzunehmen, dass ein europäischer Politiker den US-Präsidenten mit vereinfachten Erwartungen entgegensah. Dazu waren seit Regierungsantritt der Bush-Administration im Januar zu viele Probleme aufgetaucht, die das Verhältnis zwischen den USA und dem westlichen Europa belasten.

Bushs Abkehr von der Clinton-Politik

Bush mit seiner konservativen Administration schwenkte – für alle Welt im Vergleich zur bisherigen Politik der Clinton-Administration ersichtlich – in vielen außenpolitischen Fragen um. Das betraf sowohl globale und regionale Sicherheitsfragen wie auch das Verhältnis der USA zur EU, zu Russland und China wie aber auch die Anerkennung der von der Clinton-Administration übernommenen Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls. Als prioritäres Ziel wurde die Errichtung eines nationalen Raketenabwehrschirms proklamiert, was – wie in aller Deutlichkeit von der Administration auch erklärt wurde – die Abkehr vom 1982 mit der Sowjetunion abgeschlossenen ABM-Vertrag bedeutet. Viele Signale – auch schon während des Wahlkampfes – ließen erkennen, dass sich Bush von der international breit angelegten Außen- und Sicherheitspolitik Clintons abwendet und eine bewusst auf nationale Interessen der USA orientierte Politik durchführen wird. Bush als Vertreter texanischer Wirtschaftskreise, zu denen auch sein Vize Cheney gehört, sieht den



Sinn seiner Politik in der Schaffung maximalster Bedingungen für das Big-Business. Offene Märkte, freier Handel, unbegrenzte Bewegung großer Kapitalströme sind die Grundlagen der neoliberalen Politik der Bush-Administration, ein Weg, auf den er auch die europäischen Verbündeten einschwören möchte, aber gerade hier auf echte Interessengegensätze trifft. Der Präsident des Deutschen Groß- und Außenhandels, Börner, ließ, bezugnehmend auf die Kritik Bush an der europäischen Subventionierung der europäischen Stahlindustrie, im Interview mit dem Deutschlandradio durchblicken, worum es geht: Die US-Unternehmen scheuen Direktinvestitionen in der BRD, da der Arbeitsmarkt nicht genügend dereguliert ist und somit schlechte Globalisierungsbedingungen existieren. Auf dem Göteburger EU-Gipfel war deshalb die Vorbereitung der nächsten WTO-Runde ein herausragendes Thema.

Die USA und Europa

Erstaunlicherweise rief die Reiseroute, die Bush sich in Europa ausgewählt hatte, wenig Diskussionen hervor. Bush ließ sich nicht in den Hauptstädten der „großen Drei“, BRD, Frankreich und Großbritannien, sehen, sondern suchte als erstes das konservativ regierte Spanien auf. Hier war man sich sicher, dass viele Absichten und Pläne der Bush-Administration Unterstützung finden würden. Ähnlich war es mit Polen. Die konservative Regierung des Landes sieht sich in wesentliche Probleme mit der EU verwickelt, die die Aufnahme Polens berühren. Nichts liegt deshalb näher, als sich die Unterstützung der USA zu sichern, die Polen nicht nur als NATO-Partner, son-

dern auch als wichtiges Land in Mitteleuropa für die nächste Runde der Osterweiterung der NATO betrachten. Polen betätigt sich äußerst aktiv in der Vorbereitung von möglichen Eintrittskandidaten, z.B. den baltischen Staaten. Es bleibt schlichte Spekulation, dass Bush, wäre nicht der Reise- und Zeitplan schon fertig gewesen, auch den neuen Ministerpräsidenten Berlusconi, Italien, besucht hätte. Jedenfalls war das erste Zusammentreffen in Brüssel von beiderseitiger Entgegenkommen gekennzeichnet, wie auch die angekündigte Unterstützung Italiens für den Plan der Raketenabwehr andeutet.

Für diesen Plan braucht Bush allerdings Unterstützung, denn andere NATO-Partner verhalten sich durchaus zurückhaltend. Präsident Chirac ließ daran in seiner Rede in Brüssel keinen Zweifel. Selbst Bundeskanzler Schröder verwies auf die Notwendigkeit weiterer Konsultationen und verlangte ebenfalls die Einbeziehung Russlands in den Kreis der von den USA konsultierten Mächte. Außenminister Fischer war sich Anfang Mai vor einer Konsultationsreise in die USA noch überhaupt nicht sicher, in welche Richtung die weitere Diskussion zum Raketenabwehrschild gehen wird. Jedenfalls wiederholte er in einem Rundfunkinterview des öfteren, dass die Bush-Administration die deutschen Hinweise berücksichtige, und bewertete den „kooperativen und konsultativen Ansatz“, der sichtbar werde, als Erfolg der bundesdeutschen Außenpolitik. Jedoch bliebe abzuwarten, was aus den Konsultationen herauskomme.

Für die neue US-Administration ist Europa bislang kein zuverlässiger Partner. Europa hat Vorbehalte und ist in sich selbst zerstritten. Das irische Votum gegen die Nizza-Ergebnisse hat diese Hal-

tung der USA zu Europa noch verstärkt. Es fehlt nach Meinung von Vertretern der Administration das einheitliche und entschlossene Handeln. Im Vergleich zu der expansionistischen und unilateral geprägten Politik der Bush-Administration ist die EU schwach und unfähig, klare Positionen zu formulieren und durchzusetzen. USA-Beobachter verweisen dabei besonders auf die Entwicklung der europäischen Währung, den Euro.

Ein Fazit der Brüsseler und Göteburger Treffen lässt deshalb die Annahme zu, dass Bush sich im Wesentlichen durchgesetzt hat. Bush platzierte sich in Westeuropa als „tatsächlicher Boss“, wie der „Oberobserver“ schrieb, und erklärte freudig, dass unter Führung der NATO Europa von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer mit „Russland als Freund“ vereinigt werde. Klar ist, dass Bush rigoroser als Clinton die Probleme, die die EU hat, ausnutzt und die amerikanische Führung offen durchsetzt.

Obwohl die Reise des US-Präsidenten angelegt war, um die Kontakte zu den europäischen Führern auszubauen, sich mit Europa bekannt zu machen und Konsultationen zu führen, bleibt der Eindruck, dass in wesentlichen Grundfragen, auch in denen es Differenzen mit der Europäern gibt, die Entscheidungen in Washington schon vorher längst gefallen waren und Bush nur die Aufgabe hatte, das den Partnern in Europa klar zu machen.

Beziehungen USA-Russland

Wie eine slowenische Zeitung schrieb, ist nicht zu verstehen, warum sich Bush mit dem russischen Präsidenten Putin in Lubljana treffen wollte. Sicher hat das mit der Bedeutung, die der Entwicklung auf dem Balkan zugemessen wird, zu tun. Allerdings steht diese Symbolik im Gegensatz zu den Ergebnissen der bisherigen Politik des Westens und der NATO. Russlands Präsident Putin jedenfalls sieht einen entscheidenden Fehler in der Politik der NATO, die UCK nicht entwaffnet zu haben. Seine aktuelle Forderung geht deshalb genau in diese Rich-



Demonstration in Göteborg

tung. Womit schon ein divergierender Punkt für das Gespräch der Präsidenten untereinander angedeutet war.

Allerdings beherrschte diese Frage nicht das 100-minütige Gespräch zwischen Bush und Putin. Beide Seiten legten es darauf an, sich persönlich kennen zu lernen und sich die gegenseitigen Standpunkte zu den wesentlichsten kritischen Fragen darzulegen. Bush hatte noch in einer Rede in Warschau klar und unmissverständlich die Unterstützung der USA für die NATO und deren Osterweiterung erklärt, wofür er dort im Unterschied zu den starken Protesten in anderen Ländern als „Führer der freien Welt“ gefeiert wurde. Bush wandte sich in seiner Rede auch entschieden gegen Auffassungen in Osteuropa, dass die USA evtl. einen Deal mit Russland eingehen könnten und für die Nichtaufnahme, z. B., der baltischen Republiken, von Russland Zugeständnisse in Sachen Raketenabwehr schild erhalten würden. Bush erklärte – laut „The Guardian“ –, dass „kein Land als Schachfigur zu Ungunsten eines anderen ausgenutzt werden kann. Russland braucht keine Pufferzone unsicherer Staaten. Die USA und die NATO sind keine Feinde Russlands.“

So wie gegenüber den europäischen Partnern war Bush bestrebt, Putin von der Notwendigkeit der Errichtung eines neuen Sicherheitssystems zu überzeugen, das sich von dem der Periode des Kalten Krieges total unterscheidet und in dem das Raketenabwehrsystem das Kernstück darstellt. Der ABM-Vertrag sei als Relikt des Kalten Krieges überholt.

Präsident Putin wiederholte die prinzipielle Ablehnung Russlands zur Abschaffung oder Anpassung des ABM-Vertrages, sagte damit aber nichts, was den Amerikanern nicht schon bekannt gewesen ist. Auch in Bezug auf die Ablehnung Russlands der NATO-Osterweiterung.

Als Ergebnis bleibt, dass weitere Konkultationen vereinbart wurden und sich die Präsidenten gegenseitig Komplimente machen. Allerdings ist anzunehmen, dass nach dem Treffen beide Seiten zum Ergebnis kommen, dass nichts Außergewöhnliches vorgefallen ist und jede Seite ihren Weg wie bisher weitergehen wird. Offen ist, inwieweit Russland von der Administration geschaffene und noch zu schaffende Tatsachen schlicht und einfach anerkennt muss, ohne ein echtes Mittel zu haben, abzusehende Entwicklungen zu verhindern. Russland stellt für die US-Administration keinesfalls mehr eine außenpolitische Priorität dar. In der neuen globalen Strategie der USA wird ein schwaches Russland unter Umständen politische Tatsachen akzeptieren müssen, wenn es ihm nicht gelingt, sich in Europa oder Asien andere Partner zu suchen. Insofern waren die Gespräche, die Putin im Rahmen der „Shanghaier Gruppe“ vor dem Zusammentreffen mit Bush geführt hatte, von bestimmter Bedeutung. *abe*

Bürgerkrieg eskaliert

Mazedonien wird zum EU/Nato-Protektorat

Obwohl die UCK einen Waffenstillstand bis zum 27.6. angekündigt hat, führt sie auch gegenwärtig militärischen Angriffe durch.

In der ersten Juniwoche hatte sie die Angriffe auf die 100.000-Einwohner-Stadt Kumanova konzentriert. Da die UCK dabei auch die Wasserversorgung der Stadt Tage unterbrach, fürchten Hilfsorganisationen und die mazedonische Regierung eine Katastrophe. Obwohl die UCK nach langwierigen Verhandlungen Spezialisten der OSZE Zugang zum Stausee zusagte, der die Stadt mit Wasser versorgt, ist es bis Redaktionsschluss und damit fast zwei Wochen nicht gelungen, die Versorgung wieder herzustellen. Sodann eroberte die UCK die vorwiegend von ethnischen Albanern bewohnte Siedlung Aracinovo, die nur 3 km vom Stadtrand Skopjes entfernt liegt, und bedrohte damit erstmals direkt die mazedonische Hauptstadt. Die Eroberung Aracinovos und die befürchtete Gegenoffensive der Regierungstruppen löste unter der albanischen Bevölkerung eine Massenflucht aus (Bild). Gleichzeitig berichten Beob-



achter von einer verstärkten Infiltration bewaffneter UCK-Kämpfer aus dem Kosovo, die die Nato zu stoppen offensichtlich weder in der Lage noch willens ist. Auch am vergangenen Wochenende kam es trotz des Waffenstillstandes zu Mörserangriffen und Heckenschützenattacken der UCK in der Nähe von Skopje.

Die Regierung hat bisher darauf verzichtet, den Kriegszustand zu verhängen. Es heißt, auf Druck vor allem der EU. Aber auch im Parlament würde der Übergang zum Kriegszustand gegenwärtig keine Mehrheit finden. Auch scheint die Regierung über den Kurs nicht einig. Während Premierminister Georgievski und vor allem Innenminister Boskovski für harte militärische Gegenmaßnahmen plädieren, suchen Präsident Trajkovski und Verteidigungsminister Buckovski unter dem Druck der EU nach politischen Lösungen. Anfang Juni hatte der Präsident einen Friedensplan vorgelegt, der unter anderem einen schnellstmöglichen Waffenstillstand, die Entwaffnung der UCK unter internationaler Aufsicht und poli-

tische Reformen vorsieht, die die Rechte der albanischen Minderheit stärken. Zur Ausarbeitung dieser Reformen trafen sich am letzten Wochenende der Präsident und die Führung der beiden größten mazedonischen und albanischen Parteien; Ergebnisse wurden bis Redaktionsschluss nicht bekannt. Doch allgemein wird dieser Versuch der Verständigung über Reformen als letzte Möglichkeit angesehen, die Destabilisierungsstrategie der UCK zu unterlaufen. Bisher ist es der UCK noch immer gelungen, Ansätze zu einer Verständigung zwischen den verschiedenen Parteien durch Terrorakte und eine neue militärische Offensive zu vernichten.

Auch die UCK hat einen „Friedensplan“ vorgelegt, der deutlicher als alles andere ihr Kalkül erkennen lässt. Kernstück ihres Plans ist nämlich die Aufforderung an die Nato, Truppen in alle Landesteile zu entsenden als „Garantie für einen dauerhaften Frieden“. Ähnlich wie im Kosovo versucht sie zuerst, einen Nato-Einsatz herbeizuführen und das Land in ein internationales Protektorat zu verwandeln, um dann unter dem Schutz der Nato bei der Verwaltung eine Rolle zu übernehmen und insgesamt dem Ziel eines Großalbanien einen Schritt näher zu kommen.

Doch die Westmächte denken nicht daran, den Schwanz mit dem Hund wackeln zu lassen. Die UCK mag sie benutzen wollen, tatsächlich benutzen sie die UCK. De facto haben sie das vom UCK-Terror destabilisierte Mazedonien bereits zu ihrem Protektorat gemacht. Während die UCK angriff, erzwang der EU-Beauftragte für Außenpolitik Solana von der Regierung den Friedensplan. Solana war es auch, der der Regierung eine Frist bis zum 25. Juni setzte, um ein Reformprogramm vorzulegen. Wie Zeitungen am 8. Juni berichteten, hat die Nato Mazedonien „konkrete Hilfe“ bei der Entwaffnung der „Rebellen“ angeboten. Inzwischen verlautet, dass die Pläne ausgearbeitet sind und 5000 Nato-Soldaten die Entwaffnung übernehmen werden. Die USA beteiligen sich daran nicht, das größte Kontingent stellt Großbritannien, das außerdem Militärhilfe (Ausbildung, Zusammenarbeit bei Patrouillen, Aufklärung) angekündigt hat. Die BRD hat mit 600 bis 800 Soldaten das zweitgrößte Kontingent zugesagt. Bisher scheint die Regierung nicht einmal daran zu denken, sich das Mandat durch die Parlamentsmehrheit bestätigen zu lassen.

Auf dem Göteborger Gipfel hat die EU auf nachhaltiges deutsches Drängen außerdem beschlossen, einen ständigen Vertreter, sprich Statthalter, nach Skopje zu entsenden. Die FAZ hatte das im Vorhinein so interpretiert, dass „der Westen“ damit „so klar wie selten zuvor zu erkennen (gibt), dass er nicht mehr bereit ist, sich von kühl kalkulierenden Rebellen einerseits und einer uneinsichtigen Regierung andererseits an der Nase herumführen zu lassen ...“ (8.6.) *scc*

Die mediale Kampagne für staatliches Morden, die mit der Hinrichtung des rechtsextremen Terroristen T. McVeigh einen neuen Höhepunkt erreichte und die das Leid und die Rachegefühle der Angehörigen der Opfer schändlich missbrauchte, hat die Diskussion um und den Widerstand gegen die Todesstrafe nicht zum Schweigen gebracht. Zwar demonstrierten nur einige Dutzend Menschen gegen die erste Hinrichtung in Verantwortung der US-Bundesbehörden seit 1963 (Bild: ND). Aufmerksamkeit erregte jedoch eine Konferenz in Boston, die alternative Rechtsprechung, Aspekte wie Täter-Opfer-Ausgleich und eben auch die Abschaffung der Todesstrafe zum Thema hatte. Die von einer seit 1976 existierenden Angehörigen-Gruppe gegen die Todesstrafe ausgerichtete Konferenz, an der auch Angehörige von McVeigh-Opfern teilnahmen, kritisierte die Logik von Vergeltung und Rache. Die Hinrichtung von Mördern helfe den Familien von Mordopfern nicht. – Derweil forderte die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, Bush auf, persönlich bei allen Fällen von Todesurteilen gegen geistig Behinderte in den USA zu intervenieren. Am 14.6. war in Ohio ein an Schizophrenie erkrankter 48-jähriger Mann mit einer Giftspritze hingerichtet worden. Insgesamt sind allein in diesem Jahr bereits 36 Menschen in den USA hingerichtet worden.



Neues türkisches Radio-/TV-Gesetz: Keine Hoffnung für kurdische Sendungen

Letzte Woche verabschiedete das türkische Parlament das neue Gesetz für die Oberste Aufsichtsbehörde für Radio und Fernsehen (RTÜK). Das neue Gesetz ist selbst für regierungsnahen Journalisten dermaßen restriktiv, dass sie seine sofortige Rücknahme fordern. Das Gesetz erweitert erheblich den Spielraum für Verbote von Radio- und Fernsehsendungen. Nach Angaben der Reporter ohne Grenzen hat die RTÜK zwischen Januar und November 2000 schon Sendeverbote von mehr als 4000 Tagen erlassen wegen „separatistischer Berichterstattung“ über die Lage der Kurden in der Türkei. Die Hoffnung, dass das neue Gesetz die journalistische Arbeit erleichtern würde, hat sich nun zerschlagen. Nach dreiwöchiger Parlamentsdebatte wurden die Restriktionen derart verschärft und rassistische Instrumentarien geschaffen, dass die Zeitung Sabah kommentierte, dass die Medien in der Türkei zur Friedhofsruhe gezwungen würden. So sollen jetzt Sendungen verboten werden, die gegen die „Moralvorstellungen der türkischen Familie“, „gegen die nationalen und moralischen Werte der Gesellschaft“, „gegen die Prinzipien des Republikgründers Ataturk oder gegen die Unteilbarkeit der türkischen Republik“ verstößen sowie solche, die „bei türkischen Bürgern möglicherweise das Gefühl der Depression oder des Pessimismus auslösen“. Nach dem neuen Gesetz sind keine Sendungen mehr möglich über den Unterschied zwischen den religiösen Richtungen der Sunnitn und Aleviten oder die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich. Derzeit endgültig begräbt das Gesetz aber die Hoffnung auf Programme auf Kurdisch, denn alle Programme müssen in türkischer Sprache ausgestrahlt werden. Ausgeschlossen von diesem Verbot sind Nachrichten- und Musiksendungen in „universalen Sprachen“. Kurdisch zählt nicht zu den „universalen Sprachen“. Mit dem neuen Gesetz verschärft die türkische Regierung

die Konflikte und geht auf Konfrontationskurs zur EU, die die Liberalisierung von Medien- und Pressefreiheit sowie die Zulassung von kurdischen Radio- und Fernsehsendungen gefordert hatte. rub

Kurdische Jugendfußballer festgenommen

In Adana führte die Hadep ein Jugendfußballturnier für „Frieden und Brüderlichkeit“ durch, an dem sich zahlreiche Mannschaften beteiligten. Unter dem Vorwand „Separatismus“ zu bekämpfen griff die Polizei das Turnier an, verhaftete mindestens 120 Jugendliche, beschlagnahmte Trikots und Fußbälle. Die Mannschaften kurdische und türkische Namen wie Welat (kurdisch: Heimat), Azadi (kurdisch: Freiheit), Amed (kurdischer Name Diyarbakirs), Devrim (türkisch: Revolution) oder Baris gücü (türkisch: Friedensmacht). Die türkischen Behörden behaupten, die Hadep habe eine separatistische Fußballliga gründen wollen. Den Jugendlichen und den Organisatoren von der Hadep drohen jetzt vor dem Staatssicherheitsgericht Prozesse wegen „Verbreitung separatistischen Gedankenguts“ und „verdeckter Aufstachelung zu Straftaten“. rub

Jugoslawien: Erpressung zeigt Wirkung

Die jugoslawischen Regierung hat am 14.6. eine Gesetzesvorlage zur „Kooperation“ mit dem sog. Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verabschiedet. Höchste nationale Interessen stünden auf dem Spiel, begründete Kostunica die Vorlage, mit der die Auslieferung Milosevics u.a. an das Tribunal vorbereitet wird. Noch vor kurzem hatte Kostunica die Auslieferung kategorisch abgelehnt. Der Sinneswandel der Regierung hängt eng mit einer sog. Geber-Konferenz zusammen, die Ende Juni stattfindet und über Finanzhilfen an Serbien entscheidet. Insbesondere die USA hatten eine Beteiligung an der Konferenz von der Verabschiedung der Gesetzesvorlage abhängig gemacht. Die jugoslawische Be-

völkerung lehnt der Neuen Zürcher Zeitung zufolge eine Auslieferung Milosevics und anderer an das Tribunal ziemlich einmütig ab.

Polen: Neue Rechtspartei

Auf Initiative von Justizminister Kaczyński, verantwortlich für die drastische Verschärfung des Strafrechts, hat Anfang Juni der Gründungskongress der Rechtspartei „Gesetz und Gerechtigkeit“ stattgefunden. Ziel ist die „Erneuerung Polens“. Die Partei steht dem EU-Beitritt skeptisch gegenüber, damit bekommt die Befürchtung, dass der die Beitrittskandidaten diskriminierende Erweiterungsprozess nationalistische und rechtsextreme Bestrebungen hervorrufen bzw. stärken könnte, Nahrung. Die Rechtspartei strebt die Beteiligung an den Wahlen im September im Bündnis mit der „Allianz der Rechten“ an. Umfragen zufolge könnte sie die einzige Rechtspartei sei, die das Quorum schafft, weil die Wahlaktion Solidarität in den Umfragen stark an Punkten verloren hat und an der 8%-Hürde für Wahlbündnisse womöglich scheitert.

NATO-Osterweiterung

Für den Beitritt weiterer Länder, über den der nächste ordentliche Gipfel der Nato im November 2002 entscheiden wird, scheint eine Vorentscheidung gefallen. Dies jedenfalls kann man Äußerungen des tschechischen Präsidenten Havel entnehmen. Demzufolge hätten die baltischen Staaten „einen erstaunlich großen Rückhalt“ gefunden, auch Bulgarien und Rumänien seien im Gespräch, und ziemlich sicher sei der Beitritt der Slowakei und Sloweniens. Der slowakische Ministerpräsident Dzurinda kommentierte die Nachricht mit der Bemerkung, mit der Eingemeidung der Länder zwischen Ostsee, Adria und Schwarzen Meer in die euroatlantische Sicherheitszone würde „Zwischeneuropa“ verschwinden und damit ein konfliktbeladener Raum, der von Moskau immer noch als Pufferzone betrachtet werde.

Zusammenstellung: scc

DÜSSELDORF. Rund 1.200 Menschen demonstrierten am 14.6. in Düsseldorf gegen Nazi-Terror. Tags zuvor waren drei Personen, darunter ein Mitglied des zakk e.V. und des ASTAs der Heinrich-Heine-Universität auf dem Weg zu einer Kneipe von Naziskins mit „Sieg-Heil“-Rufen angepöbelt und tätlich angegriffen worden. Zwei von ihnen wurden zusammengeschlagen und ebenso wie ein aus der Kneipe zu Hilfe eilender Gast durch Stiche mit einem messerähnlichen Gegenstand schwer verletzt worden. Die Antifa-KOK schreibt in einer PE: „Düsseldorf hat eine wachsende und immer aggressiver auftretende Neonazi-Szene. Die Überfälle und Anschläge der letzten Monate und nicht zuletzt der lebensgefährliche Messerangriff auf einen Italiener vor zwei Wochen sprechen eine deutliche Sprache.“ Zu der Demonstration riefen zahlreiche Gruppen auf. Vor dem Haus eines der am Überfall beteiligten Neonazis kam es zu Rangeleien mit der Polizei, die eine Kundgebung zu stoppen versuchte.



Pia Kjærsgaard bricht Besuch ab

FLENSBURG. Ein schöner Erfolg für deutsche und dänische AntirassistInnen beim diesjährigen Umzug der dänischen Minderheit am 10. Juni in Flensburg: Weniger als eine Minute dauerte der Auftritt der Vorsitzenden der rassistischen Dansk Folkeparti, Pia Kjærsgaard. Traditionell erhalten alle Abgeordneten des dänischen Parlamentes von Seiten der dänischen Minderheit in Südschleswig eine Einladung zum dänischen Jahrestreffen. Leider nahm diesmal auch Pia Kjærsgaard die Einladung an, was im Vorfeld zu heftigen Debatten führte. Zum Umzug am 10. Juni war vereinbart worden, dass Kjærsgaard sich zusammen mit dem dänischen Konsul in Flensburg erst nach etwa 300 Metern der Umzugsroute (am Burgplatz) in den Zug einreihen sollte. Dazu kam es nicht, da sie mit ihren Bodyguards zum Abmarschort des Umzugs ging, wo sie mit einer größeren Gruppe von deutschen und dänischen AntirassistInnen zusammentraf, die ihr Protestplakate entgegenhielten.

Verschreckt flüchtete sie in die nächste Bierbar, wobei ihre äußerst aggressiv auftretenden Bodyguards ihren Rückzug absicherten. AntirassistInnen stellten sich mit Transparenten vor die Bar. Nach einiger Zeit wurde Frau Kjærsgaard erneut durch die Menge der friedlichen DemonstrantInnen geschleust, wobei ihre Bodyguards blindwütige Schläge nach allen Seiten austeilten. Doch trotz der Besonnenheit der DemonstrantInnen verlor Frau Kjærsgaard erneut die Nerven und suchte nach ca. 10 Metern den Schutz eines offenen Einganges eines Geschäftshauses.

Dort wurde sie so lange von DemonstrantInnen mit Transparenten und immer mehr eintreffenden JournalistInnen belagert, dass sie nach etwa 20 Minuten über einige anwesende Polizeibeamten – offenbar endgültig entnervt – bekannt

geben ließ, dass sie weder am Umzug teilzunehmen gedenke noch einen Kommentar gegenüber den wartenden JournalistInnen abgeben wolle.

Noch Stunden nach dem Umzug hingen noch fast alle der zahlreichen antirassistischen Plakate, die sich gegen ihre Teilnahme an dem Jahrestreffen aussprachen, entlang der Umzugsroute. *Avanti Flensburg (gekürzt)*

IUK Andrea Wolf: Behörden müssen endlich aktiv werden

MÜNCHEN. Am 29. Mai 2001 fand eine Pressekonferenz der Internationalen Unabhängigen Untersuchungskommission statt, die den Tod von Andrea Wolf untersucht. Die Kommission fordert deutsche Behörden auf, endlich aktiv zu werden.

Hintergrund: Am 28.10.98 meldete der kurdische Sender MED-TV, dass die 33-jährige Andrea Wolf zusammen mit weiteren PKK-Kämpferinnen von türkischen Soldaten unbewaffnet gefangen genommen, verhört, misshandelt und dann kaltblütig ermordet worden sei. Diese Darstellung bestätigte mittlerweile eine überlebende Zeugin des Massakers.



kers in einer persönlichen Befragung der IUK. Die türkischen Behörden bestätigten bisher lediglich das Gefecht, erklären jedoch bis heute lapidar, „keine Hinweise auf den Verbleib von Andrea Wolf“ zu haben. Deshalb hat die türkische Rechtsanwältin Eren Keskin im Auftrag der Mutter von Andrea Wolf und der IUK Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Massakers erstattet. Seitdem ermittelt die türkische Staatsanwaltschaft von Catak bei Van.

Doch bis heute hat das deutsche Auswärtige Amt weder ein Amtshilfeersuchen an die Türkei in die Wege geleitet noch die notwendigen Schritte dafür unternommen, die überlebenden Zeugen des Massakers vom Oktober 1998 in Sicherheit zu bringen, um sie in Deutschland endlich vernehmen zu können.

„Die Dokumente belegen, dass die türkischen Behörden bis heute in ihren offiziellen Stellungnahmen gelogen haben: Sie hatten sehr wohl von Anfang an Hinweise auf eine deutsche Staatsangehörige, die bei dem fraglichen Gefecht ermordet wurde. Das hätten sie in jedem Fall weiter geben müssen. Der IUK drängt sich der Verdacht auf, dass aber auch das deutsche Auswärtige Amt unter dem grünen Außenminister Joschka Fischer im Schulterschluss mit dem Nato-Partner Türkei dazu bereit ist, die Aufklärung eines Kriegsverbrechens seit Jahren zu verschleiern. Sieht so die versprochene neue rot-grüne Menschenrechtspolitik aus?“ (Angelika Lex, Rechtsanwältin und Mitglied der IUK)

Der Rundbrief der IUK und aktuelle Informationen sind auch über Internet abrufbar: www.libertad.de\andrea **MLB**

Polizeiübergriffe gegen Antifa-Proteste

GÖTTINGEN. Rund 3000 bis 4000 Menschen beteiligten sich am 16.6. an antifaschistischen Protesten gegen den NPD-

Aufmarsch. Die ca. 500 Nazis konnten nur wenige hundert Meter marschieren und nur mittels eines gewaltigen Polizeiaufgebots eine Kundgebung abhalten. Die Polizei ging massiv gegen die AntifaschistInnen vor, dabei kam es zu erheblichen polizeilichen Übergriffen, unverhältnismäßigem polizeilichem Gewalt einsatz sowie illegalen Polizeiaktionen. Dreimal kesselte die Polizei DemonstrantInnen ein; sie versuchte die Demonstration von universitären und autonomen Gruppen aufzulösen und setzte dabei Tonfa-Schlagstöcke, Pfefferspray und Polizeihunde ein. Mehrere Dutzend Menschen wurden z.T. schwer verletzt. Den Abtransport der Nazis im Bahnhof setzte der BGS mit Gewalt durch, so wurden Menschen nach äußerlichen Kriterien wie Alter, Kleidung, Hautfarbe aus dem Bahnhof gedrängt oder auch aus dem Regionalzug Richtung Jena geholt. Insgesamt gab es über 120 Ingewahrsamnahmen, etwa 20 Festnahmen sowie unzählige Platzverweise gegen AntifaschistInnen. (Nach PE Rote Hilfe Göttingen)

Studentenpfarrerin wegen Beleidigung verurteilt

PADERBORN. Der AStA der Universität Paderborn veranstaltete am 9. November 2000, dem Tag des Gedenkens an die Reichspogromnacht 1938, eine große Party. Brigitte Gläser, die Studentenpfarrerin, überklebte Party-Plakate mit dem Spruch „Wir feiern die Reichspogromnacht“. Der AStA verklagte sie daraufhin wegen Sachbeschädigung, Beleidigung und Volksverhetzung.

Beim Prozess am 5. Juni waren etwa 100 SympathisantInnen gekommen. Das Urteil – 20 Tagessätze zu 100 Mark – wurde mit Pfiffen und Buh-Rufen quittiert. Der Staatsanwalt verglich das Vergehen mit der Schaltung von Sex-Anzeigen unter fremdem Namen. In der Urteilsbegründung hieß es, der AStA sei in seiner Integrität und Würde verletzt worden, von der Würde der jüdischen MitbürgerInnen war dagegen keine Rede. Die Studentenpfarrerin hatte zuvor das Angebot des Staatsanwalt abgelehnt, gegen eine Geldstrafe von 500 Mark das Verfahren einzustellen. Sie will einen Freispruch erwirken und wird in Berufung gehen. www.indymedia.de

Wer nicht will, kommt nicht mit

Die Pilotenvereinigung Cockpit hat überraschend ihre Verbandspolitik zum Thema Abschiebungen verändert. Hatte Cockpit bisher jede Verantwortung der Piloten von sich gewiesen, so revidierte der Verband auf anhaltenden Druck nun seine Position. Verbandsjurist Meyer begründet die Abkehr von der bisherigen Linie mit drohenden rechtlichen Konsequenzen für Flugkapitäne im Falle der Verletzung oder gar Tötung eines Zwangspassagiers. Der Pilot habe keine

Befugnis, Abschiebungen durchzusetzen, sondern müsse für die Sicherheit des Fluges und aller Passagiere sorgen. Sei schon vor dem Flug erkennbar, dass Sicherheitsprobleme auftreten können, müsse der Kapitän das „mildeste Mittel“ wählen und den Transport ablehnen. Meyer weist ausdrücklich darauf hin, dass der Kapitän auch dann, wenn er die ihm zustehenden Befugnisse an die Begleitbeamten delegiere, rechtlich verantwortlich sei, wenn jemand zu Schaden komme. Im Prinzip gilt dies natürlich auch für Charterflüge. Die Piloten von Chartermaschinen unterliegen den gleichen rechtlichen Bedingungen wie Linienpiloten. Und da sich die maßgeblichen Bestimmungen aus internationalem Recht und multilateralen Abkommen ableiten, die nicht so einfach geändert werden können, sollten gewaltsame Flugabschiebungen eigentlich bald der Vergangenheit angehören.

deportation.class, Zeitung von „kein mensch ist illegal“ und „libertad!“, 6/01

Sedat Baydemir ist wieder frei

GELNHAUSEN. Der kurdische Kriegsdienstverweigerer Sedat Baydemir, der vor vier Wochen in Abschiebehaft genommen wurde, ist wieder frei. Das Amtsgericht Gelnhausen entschied am Donnerstag, 13. Juni, dass es keinen Grund gebe, ihn länger im Knast zu lassen (als ob es einen Grund gegeben hätte, ihn überhaupt reinzustecken). Sedat sollte Mitte Mai abgeschoben werden, was er verhindert hat, indem er einen Schlüssel schluckte (siehe frühere Meldungen). Nachdem andere türkisch-kurdische Kriegsdienstverweigerer vor dem Knast demonstriert hatten und auch einige Artikel in Zeitungen und im Internet standen, hat das Landratsamt Hanau entschieden, die Abschiebung erst einmal auszusetzen, bis im Bundestag über eine Petition entschieden worden ist. Frau Hübner von der Ausländerbehörde Gelnhausen hat sich beim Haftprüfungstermin am Donnerstag vehement dagegen gestemmt, Sedat aus dem Knast raus zu lassen, und ist wohl auch ziemlich laut geworden dabei. Die Frau scheint beinahe ein persönliches Interesse daran zu haben, Leute einzusperren. Geholfen hat es ihr nix. Sedat bleibt aber nach wie vor von Abschiebung bedroht, Engagement in der Sache also weiterhin gefragt. *DFG-VK Berlin. Hintergrundinfos gibt es unter <http://www.connection-ev.de>*

Kongress der Sozialhilfe-Initiativen

HAMBURG. Ende Mai tagte in Hamburg der Bundesverband der Sozialhilfeinitiativen (BAGSHI) mit rund 40 Initiativen. Hauptthemen waren die sog. Pauschalierung von Sozialhilfe und das Kindergeld. Seit 1999 dürfen bundesweit die Kommunen Sozialhilfeleistungen pauschaliert auszahlen, was in unterschiedlichem Ausmaß und vor allem in unterschied-

licher Höhe. Die Initiativen werfen den Behörden vor, die Pauschalierung zur Senkung der Sozialhilfeträge zu nutzen. Beziiglich des Kindergeldes fordern die Initiativen aktuell, dass Kindergelderhöhungen wie die vor kurzem beschlossenen 30 DM nicht auf die Sozialhilfe angerechnet werden, bis das Kindergeld existenzsichernd ist und mindestens 600 DM beträgt. *LBHH*

Erwerbslosenproteste in 70 Städten

Als Bernhard Jagoda die aktuellen Arbeitslosenzahlen verkündete, demonstrierten zeitgleich Erwerbslosengruppen und Gewerkschaften in mehr als 70 Städten zwischen München und Schwerin (Bild von der Kundgebung vor dem Reichstag Berlin). Die von Arbeitsminister Riester (SPD) angekündigte Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bedeutet „im Klartext die



Abschaffung der Arbeitslosenhilfe“, erklärte Gerd Nies (ver.di) in Berlin. In Schwerin demonstrierten rund 500 Gewerkschafter und Arbeitslose vor der Staatskanzlei. Sie trugen eine Vielzahl erfolgloser Bewerbungen symbolisch in einem Sarg zu Grabe. In Dresden beteiligten sich rund 300 Erwerbslose an einem Aktionstag, zu dem der Deutsche Gewerkschaftsbund, Verdi und anderen Gewerkschaften aufgerufen hatten. Da es nicht genug Arbeit für alle gebe, vermittelten Arbeitslose in Liegestühlen eine neue Sichtweise: „Solange ich hier liege, nehme ich Ihnen nicht den Arbeitsplatz weg!“ Die Teilnehmer rissen eine symbolische „Mauer der Vorurteile“ mit der Aufschrift „Schröder: Erwerbslose sind faul!“ ein. In Duisburg demonstrierten rund 60 Erwerbslose vor dem Büro der örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten. Peter Sokoll vom Moerser Arbeitslosenzentrum forderte dort, „Denkfaulheit in der Politik mit drei Monaten Gehaltssperre“ zu bestrafen. In Bielefeld präsentierten Erwerbslose einen Gerhard Schröder mit Zigarre und Weinglas in einer Hängematte liegend. „Der wahre Drückeberger“ sei der Bundeskanzler selbst, „da er sich weigert Überstunden per Gesetz einzuschränken und so mehr Arbeitsplätze zu schaffen“, so die Erwerbslosengruppen.

www.erwerbslos.de

Viele Sozialhilfebezieher bekommen weniger als zuvor und als benötigt

Pauschalierung der Sozialhilfe in der Kritik

Im Juni 1999 wurde auf eine Bundesratsinitiative Baden-Württembergs hin ein neuer Paragraph 101a in das Bundessozialhilfegesetz eingefügt, der Modellversuche zur Pauschalierung von Sozialhilfe ermöglicht. In Thüringen und Hamburg (siehe den hier abgedruckten Bericht) wird die Pauschalierung gegenwärtig eingeführt, in mehreren Bundesländern laufen die Modellversuche, die bis 2004 weitergeführt werden sollen, seit vergangenem Jahr.

Es liegen also Erfahrungen vor, Erfahrungen, die die schlimmsten Befürchtungen bestätigen. Nicht nur die Sozialhilfe-

initiativen laufen gegen die Pauschalierung Sturm; sie arbeiten an einer Handlungshilfe für die vor Ort tätigen Beratungsstellen und Initiativen. Auch die Wohlfahrtsverbände kommen nach den bisherigen Erfahrungen zu einer äußerst kritischen Bewertung. Sie halten das angegebene Ziel für verfehlt. Ihre Hauptkritikpunkte: Die Kommunen legen bei der Berechnung der Pauschale Preise zugrunde, die die Betroffenen auf dem Markt nicht vorfinden. Die Pauschalierung der Kosten für die Wohnungen orientierten sich an einem unteren Durchschnittswert der tatsächlichen

Unterkunftskosten. Die meisten Empfänger von Sozialhilfe müssten aus eigener Tasche zuzahlen, wenn sie weiter in ihren Wohnungen leben wollen. Auch gebe es keine Sicherheit vor Gläubigern, wenn die Sozialhilfeempfänger das Geld für langlebige Güter wie Kühlschrank oder Waschmaschine ansparen, obwohl sie doch die Vorgabe haben, dass sie solche Anteile über 22 bis 50 Monate hinweg ansparen sollen. Ergebnis sei, dass die Sozialhilfeempfänger, denen es nicht gelinge, aus dem Sozialhilfebezug nach kurzer Zeit auszusteigen, noch ärmer und damit noch stärker ausgegrenzt werden. scc

Mehr Handlungsspielraum für die Berechtigten oder Mogelpackung?

HAMBURG. Mit dieser Fragestellung fand am 10.4.2001 in der Evangelischen Akademie eine Podiumsdiskussion mit Fachleuten statt. Dieses geschah im Vorwege auf die geplante Pauschalierung von Einmaligen Leistungen, die in einem „Modellversuch“ ab 1.7.2001 für 3 1/2 Jahre in vier Hamburger Bezirken durchgeführt werden soll (Altona, Bergedorf, Hamburg Mitte). Als Grundlage dient die Bundestagsdrucksache 14/280, die als Ziel des Gesetzgebers bei der Einführung des § 101a (Experimentier-Klausel) ins Bundessozialhilfegesetz (BSHG) genannt hat, dass es „nicht darum gehe, die Leistungen zu senken, sondern darum, dass sie mehr Autonomie für die Sozialhilfeempfänger brächten“. Das Argument der Erhöhung von Handlungsspielräumen von Sozialhilfeberechtigten und die Überwindung schikanöser Bedarfseinstellungs- und Kontrollpraktiken war in den letzten Jahren immer wieder „das“ Argument von bereits vorgenommenen Pauschalierungen in der Sozialhilfe gewesen (Bekleidungs-, Einrichtungs- und Hausratpauschalen).

Der Senatsbeschluss wird zwar erst zum 19.6.2001 erwartet, es wurden jedoch schon den Sachbearbeitern die neuen Bevolligungsgrundlagen übergeben. Pauschalisiert werden zukünftig zusätzlich die bislang halbjährlich ausbezahlte Bekleidungspauschale, der Ersatz von Wohnungseinrichtung und Hausrat, Sonderbedarf für Bekleidung (z.B. Arbeitsbekleidung, Bekleidung für Kur und Krankenhaus, Babypauschale ab 5. Lebensmonat) und Sonstige Einmalige Hilfen (z.B. Klassenfahrten, Reparaturen, Renovierung). Nicht pauschaliert werden Leistungen wie z.B. die Nachzahlungen für Energie- und Betriebskosten (Miete),

Versicherungen, Grundausstattung Bekleidung, Wohnungs- und Hausratausstattung. Die ermittelten Pauschalbeträge wurden anhand von Zahlen aus dem Jahre 1999 (aus Hamburg) für die Gewährung Einmaliger Leistungen ermittelt und sollen sich in den nächsten 3 1/2 Jahren nicht der Preissteigerungsrate anpassen. Welche Lebensdauer und Haltbarkeitsdaten für die von den Pauschalen abgedeckten Gegenständen (z.B. Kühlschrank, Waschmaschine) unterstellt wird, ist nicht festgelegt. Sollten die Pauschalbeträge nicht reichen, wird dazu gesagt, dass „zusätzliche Leistungen“ in der Regel nicht zulässig sind. Die Regelung ist eng auszulegen und kann nur in Ausnahmefällen in Betracht kommen. Die Leistungsgewährung kann jedoch als Vorschrift auf die zukünftigen Pauschalen (für die nächsten Monate) erfolgen. Doch nun zu den einzelnen Summen (in Klammern immer die bereits gewährte Bekleidungspauschale pro Monat):

Alleinstehende Frau	DM 82,38	(63,50)
Alleinstehender Mann	DM 70,46	(51,57)
Haushaltsangehörige (HA) ab 18. Lebensjahr		
Weiblich	DM 73,17	(63,50)
Männlich	DM 61,25	(51,57)
HA vom 14. bis 18. Lebensjahr		
Weiblich	DM 91,37	(73,16)
Männlich	DM 79,45	(61,25)
HA vom 7. bis 13. Lebensjahr		
	DM 61,12	(42,81)
HA bis 7. Lebensjahr	DM 59,28	(41,08)

Der monatlich gewährte Aufschlag



(neben der ja bereits gezahlten Bekleidungspauschale) beträgt in allen Altersgruppen ca. DM 18,20 bis DM 18,89 mehr. Davon muss zukünftig alles, was als Ersatz gilt (z.B. Kühlschrank, neues Bett, neue Lampen, Teppichboden, Renovierung) angespart werden. Dass dieses Geld nicht angespart werden kann, ist aus der „Lächerlichkeit“ der Höhe schon ersichtlich.

Nach Angaben des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes blieb die Sozialhilfe seit 1993 um 9,6 % hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurück – damit liegt sie heute um 18 % unter dem gesellschaftlich notwendigen Mindestbedarf. Braucht z.B. ein Schulkind in einem Monat ein Paar neue Schuhe, so kann kein neues Turnzeug gekauft oder die anstehende Klassenfahrt bezahlt werden.

Die BAGS (Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales) ist in Hamburg einer öffentlichen Diskussion mit Beratungsstellen und Wohlfahrtsverbänden, Betroffenen und Sachbearbeitern in der Sozialhilfe wohlweislich aus dem Weg gegangen, so dass eine Einführung „über alle Köpfe hinweg“ erfolgt. „Begleitet“ wird das Projekt von der Unternehmensberatungsfirma Mummert & Partner, die bundesweit mehrere „Pauschalierungsprojekte“ begleitet. Auf einer ersten Veranstaltung wird versichert, dass es eine Absenkung der Sozialhilfeleistungen insgesamt nicht geben darf. Wahr ist aber, dass bundesweit die Städte „bench-marking“ betreiben. Die Regelsätze können nicht so ohne weiteres gekürzt werden, und so wird auf die Einmaligen Leistungen und die (Absenkung der) Wohnungs kosten zurückgegriffen. Mit der zunehmenden Pauschalierung soll auch weiteres Personal eingespart werden, so wurde das Sozialamtspersonal in Hamburg von 1992 noch 1.280 Mitarbeitern auf 780 Mitarbeiter im Jahre 2000 reduziert – und davon sind noch rund 25 % langzeiterkrankt oder beurlaubt, um den ständigen Klagen der Beschäftigten und Gewerkschaften entgegenzutreten. ena

„Wohlfahrtsverbände gegen Armenvertreibung und Sozialhilfekürzung in Kassel“

Menschlich und sozialpolitisch nicht vertretbare Folge einer solchen Pauschalisierung (der Unterkunftskosten – Red.) wäre, dass Hilfeberechtigte ... gezwungen werden, ihre Wohnung aufzugeben, bzw. in Folge von Mietschulden verlieren oder den durch die Pauschale nicht gedeckten Teil der Unterkunftskosten aus anderen Sozialhilfeleistungen – z.B. aus dem Regelsatz – aufzubringen. (...)

Wie realistisch unsere Befürchtungen hinsichtlich eines drohenden Wohnungsverlustes sind, ergibt sich aus den vom Sozialamt der Stadt Kassel erstellten ... „Vergleichsberechnungen mit einer zufälligen Auswahl konkreter Fälle“: Die als Beispiel für einen „Ein-Personen-Haushalt“ aufgeföhrte Hilfeempfängerin erhält statt der bisher als angemessen anerkannten Kosten der Unterkunft (Kaltmiete und Nebenkosten) in Höhe von monatlich 549,78 Mark nur noch eine Pauschale von 460 Mark. Wir fragen die Kasseler Kommunalpolitiker, die diese Kürzungen beschlossen haben: Woher soll die alleinstehende Hilfeberechtigte (z.B. Rentnerin) die zur Bezahlung der

Nach einer Untersuchung der Wohnungswirtschaft im Landkreis Esslingen führt die sich an den Tabellenwerten des neuen Wohngeldgesetzes orientierende Pauschalisierung der Unterkunftskosten zu einer Unterdeckung der Marktmieten, die bei vierköpfigen Familien bis zu 44% betragen. Der Fehlbedarf steigt mit zunehmender Haushaltsgröße, bei größeren Familien ist die Wohnung am wenigsten gesichert. Zahlreiche Haushalte sind mit Wohnungsverlust bedroht. Dies wird bei Vermietern absehbar zu einer Meidung von Sozialhilfe-Mietern führen.

vollen tatsächlichen Unterkunftskosten jeden Monat fehlenden ca. 90 Mark nehmen? Von den laut den erwähnten Vergleichsberechnungen ebenfalls durchwegs gekürzten Leistungen für andere Bedarfsbereiche, etwa aus der von 63,83 Mark auf 46,67 Mark, also um 17,16 Mark pro Monat (bzw. 205 Mark im Jahr) gekürzten Bekleidungspauschale? Oder aus dem (nach § 101a BSHG nicht kürzbaren) Regelsatz von monatlich 551 Mark, von dem sie die gesamten Kosten für Ernährung, laufenden hauswirtschaftlichen Bedarf (z.B. Stromkosten) und „besondere Bedürfnisse des täglichen Lebens“ (z.B. Straßenbahn, Post-Porto, Zeitung etc.) bestreiten muss?

In dem aufgeführten Berechnungsbeispiel soll die Hilfeempfängerin monatlich 130 Mark weniger erhalten als bisher.“

Aus einer Stellungnahme der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände Hessen, zitiert nach „quer“, Juni 01

Bezirksregierung kippt Kita-Gebührensenkung: HANNOVER. Die Kita-Gebührenstaffelung ist immer mal wieder Thema in der hannoverschen Kommunalpolitik, so auch jetzt, wenige Monate vor der Kommunalwahl. Gegen die Stimmen von OB Schmalstieg, PDS, AL und einem Genossen beschloss der Rat der Landeshauptstadt Hannover, den Höchstbetrag für einen Ganztagsplatz von 477 auf 275 DM zu senken. Die Grünen wollten damit mehr Gebührengerechtigkeit erzielen und der Abwanderung von Familien ins Umland entgegenwirken (GRÜBL). Der Beschluss würde Mehrkosten von 2,7 Millionen DM für dieses Jahr verursachen. Da der Haushalt bereits verabschiedet ist, diese Mehrkosten „weder unvorhersehbar noch unabweisbar“ wären (HAZ, 12.5.) und auch keine Deckung vorhanden sei, setzte die Bezirksregierung Hannover diesen Beschluss aus. Nun soll zumindest die bisherige Regelung gekippt werden, dass die Beiträge alljährlich um zwei Prozent steigen.
www.kommunale-info.de; Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung

Friedhofsgebühren: KÖLN. Die Preise für Kindergräber (bis 5 Jahre) sollen mit der neuen Friedhofsgebührensatzung um 142,1% steigen und sind seit 1998 dann insgesamt von 365 DM auf 1137 DM, also um 311,51% gestiegen. Dazu kommt noch die Bestattungsgebühr, die um 178,4% angestiegen ist. Das Ratsmitglied Jörg Detjen erklärte dazu: „Junge Familien, die in der Regel weniger Geld haben und die das Leben durch den Tod eines Kindes hart bestraft, sollen jetzt noch unsozial abkassiert werden. Das ist unwürdig und zynisch.“ Detjen weist darauf hin, „dass Köln bisher bereits bei einem NRW-Vergleich beim Erwerb einer Kinder-Grabstelle fast doppelt so teuer ist wie andere Gemeinden.“ Die Erhöhungen bei den anonymen Grabstätten sind seit 1998 sogar um 2.230,53% gestiegen. „Hier werden gezielt konfessionslose Menschen von der CDU/FDP Ratsmehrheit abgestraft, die diese Bestattungsart immer mehr wählen.“ Die Kosten für den Erwerb einer 30 x 30 cm Grabstelle betrugen seit 1999 280 DM und werden jetzt auf 2.119 DM erhöht. Das ist eine Erhöhung von 756%. Damit liegt Köln dreimal so hoch wie andere Gemeinden in NRW. Die PDS bezweifelt, dass diese Erhöhungen dem Kommunalabgabengesetz entsprechen, und wird notfalls den Regierungspräsidenten als kommunale Aufsichtsbehörde anrufen.
PM der PDS-Ratsfraktion

Grüne fordern Bericht über die Notsituation: MÜNCHEN. Die Stadtspitze hat sich gezwungen gesehen, einen Krisen-

stab zur Bekämpfung der akuten Obdachlosenprobleme einzurichten. Zur Errichtung dieses Krisenstabes stellt Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzender, fest: Es wird immer offensichtlicher: der Münchner Reichtum produziert auch Armut. Die Zahl derer, die sich München nicht mehr leisten können, nimmt stetig zu. Wer nicht Teil des Booms ist, wird von ihm überrollt. Die jetzige Krise ist auch hausgemacht. Der Unterbringungsnotstand wird dazu führen, dass auch teure Lösungen gesucht und umgesetzt werden müssen. Aber es muss auch deutlich gemacht werden: Hauptverantwortlich ist ein Wohnungsmarkt, den sich untere Einkommensgruppen immer weniger leisten können. Es wird hauptsächlich die Kommune sein, die hier Abhilfe schaffen muss. Für die Obdachlosenarbeit besteht die Gefahr, dass Errungenschaften der Betreuung und der Unterbringung in der jetzigen Notsituation über Bord geworfen werden. Wir wollen auf keinen Fall eine Standardabsenkung bei der Betreuung und bei der Unterbringung, keine Zusammenlegung von Familien und Einzelpersonen sowie Flüchtlingen und deutschen Obdachlosenhaushalten. Keine Lösung des Obdachlosenproblems auf Kosten der Flüchtlingsunterbringung. Keine Unterbringung von Obdachlosen in Sammelunterkünften wie Turnhallen etc. Kein Einsatz von Wachdiensten anstelle von qualifiziertem Betreuungspersonal.
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Weniger Geld für Kultur: BERLIN. Die Kommunen belegen inzwischen nur noch den 2. Platz bei der öffentlichen Kulturförderung und geben immer weniger Geld im Kultursektor aus. So das Jahrbuch für Kulturpolitik, welches Kulturststaatsminister Julian Nida-Rümelin (SPD) im Mai der Öffentlichkeit vorstellte. Der wichtigste Finanzträger aller öffentlichen Kulturhaushalte sind die Länder mit 7,4 Mrd. DM (47%). Die Kommunen sind auf Platz zwei zurückgefallen mit 6,8 Mrd. DM (44%). Aus Bundesmitteln fließen 1,4 Mrd. DM in die Kultur (9%). Es droht die Gefahr, dass die Kommunen in wenigen Jahren „auf einem ihrer wenigen originären Politikfelder in die Bedeutungslosigkeit versinken“. Nida-Rümelin führte das nachlassende Engagement der Kommunen auf die immer leerer werdenden Gemeindekassen zurück. Die Finanzdezernenten würden deshalb auch an die kleinen Ressorts herangehen, „wenn sie dort im Gegensatz zu den Sozialausgaben noch so genannte freie beziehungsweise flexible Mittel sehen“.
www.kommunale-info.de

Zusammenstellung: ulj

Protest gegen die Situation in den türkischen Gefängnissen

Mahnwache erhält gewerkschaftliche Unterstützung

ELMSHORN/PINNEBERG. Die Initiative zur Verteidigung des Überlebens der Häftlinge in der Türkei führte am 1./2. Juni eine 24-stündige Mahnwache vor der Nikolaikirche durch, um auf die Situation der todesfastenden Gefangenen aufmerksam zu machen und den Protest gegen die Isolationshaft in türkischen Gefängnissen zu unterstützen. Zur Abschaffung der Isolationszellen wurden 190 Unterschriften gesammelt. Unterstützung erhielt die Mahnwache erfreulicherweise durch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Pinneberg/Steinburg. Hier ihre Solidaritätsklärung (Quelle: Elmshorner Gegen-sätze 6/01):

Solidaritätsklärung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Pinneberg/Steinburg an die Mahnwache des Alevitischen Kulturvereins Elmshorn

Liebe Kolleginnen und Kollegen und Freunde des Alevitischen Kulturvereins

Mit Betroffenheit und Sorge beobachten wir die Situation der hungerstreikenden Gefangenen in den Gefängnissen der Türkei.

Für Eure Mahnwache möchte Euch der Bezirksvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Pinneberg/Steinburg, seine Solidarität aussprechen und Eure Forderung nach sofortigem Stopp des Baus von Isolationszellen in türkischen Gefängnissen unterstützen. Wir werden eine entsprechende Depesche an die türkische Botschaft in Hamburg senden.

Der bayerische DGB-Vorsitzende Schösser zum schriftlichen Urteil zum Landeserziehungsgeld für türkische Arbeitnehmer

Akzeptieren Sie das Urteil des Bayerischen Sozialgerichtes, Herr Ministerpräsident!

Jetzt liegt das Urteil des Bayerischen Sozialgerichts vom 19. Dezember 2001 schriftlich vor. Darin wird ausführlich begründet, warum und dass das bayerische Landeserziehungsgeld auch an türkische Arbeitnehmer/innen und ihre Familien in Bayern gezahlt werden muss.

Die bayerische Staatsregierung will offenbar Revision vor dem Bundessozialgericht einlegen, nicht weil sie dieses Verfahren noch gewinnen kann, sondern um Arbeit und Geld auf Kosten der ausländischen Kollegen/innen zu sparen.

Seit vielen Jahren wenden sich die ehemaligen Einzelgewerkschaften auf ihren Kongressen gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, insbesondere gegenüber dem kurdischen Volk. Sie fordern die Bundesrepublik auf, ihren Einfluss auf den türkischen Staat geltend zu machen, damit demokratische Strukturen etabliert und Grundrechte in der Türkei gewahrt bleiben. Wir wissen, dass insbesondere politische Oppositionelle und GewerkschafterInnen mit Folter und Vergewaltigung bedroht werden. Dieses wurde gerade wieder durch eine Untersuchung der Zustände in den türkischen Gefängnissen bestätigt. Auch sind viele GewerkschafterInnen in zahlreichen Delegationen in die Türkei gereist, um als kritische Beobachter ihre Solidarität zu bekunden und die Missstände zu überprüfen. Leider mussten sie auch feststellen, dass Waffenlieferungen der Bundesrepublik einen nicht unwesentlichen Anteil an der Unterdrückungspolitik des kurdischen Volkes haben. Auch das haben

die Einzelgewerkschaften in vielen Beschlüssen kritisiert.

Der Bezirksvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di teilt Eure Befürchtung, dass durch die Planung neuer Isolationsbedingungen in den Gefängnissen die Gefahr von Folter und Gewalt an Gefangenen zunehmen kann und eine öffentliche Kontrolle immer schwieriger wird. Wir fordern dementsprechend die Einstellung der Bauarbeiten und eine Behandlung der Gefangenen gemäß internationalem Völkerrecht. Der türkische Staat muss sofort reagieren, damit nicht noch mehr Hungerstreikende sinnlos sterben müssen.

Mit solidarischen Grüßen
Jürgen Utermark (Bezirksvorsitzender),
Rober von Virag (Gewerkschaftssekretär)

Am 240. Tag des Todesfastens (16. Juni) ist ein weiterer Gefangener, Veli Gunes, gestorben. Damit stieg die Zahl der im Todesfasten Gestorbenen bzw. vom türkischen Staat getöteten auf 55. (Red.)



„Statt vor Gericht eine nahezu ausichtslose und sozial ungerechte Sache weiter durchzufechten, wäre es besser, dieses Geld den türkischen ArbeitnehmerInnen gleich als Landeserziehungsgeld zukommen zu lassen. Das wäre der Integration förderlich und würde von politischer Weitsicht zeugen“, meinte Schösser, der bayerische DGB-Vorsitzende.

Fritz Schösser hat den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber in einem Brief eindringlich aufgefordert, aus sozialen Gründen und angesichts der bisherigen Rechtsprechung auf die Revision zu verzichten.

Der bayerische DGB hat sich seit Anfang der 90er-Jahre gegen die Ausgrenzung ausländischer Kollegen aus Drittstaaten beim Bezug des bayerischen Landeserziehungsgeld gewandt und schon damals seinen ausländischen Mitgliedern, insbesondere seinen türkischen Mitgliedern aufgrund der speziellen Rechtsgrundlage Rechtsschutz vor den bayerischen Sozialgerichten gewährt.

Nach einem Urteil des EuGH vor zwei Jahren wurden auch die Verfahren in Bayern durch den DGB-Rechtsschutz wieder in Gang gebracht und führten im Dezember vergangenen Jahres zu einer positiven Entscheidung des Bayerischen Landessozialgerichts für die türkische Klägerin.

Schösser in seinem Brief an Stoiber: „Akzeptieren Sie das Urteil des bayerischen Landesozialgerichtes vom 19.12.2000 und legen Sie deshalb keine Revision vor dem Bundessozialgericht ein! Zum einen der Gerechtigkeit willen, und zum andern weil diese vergleichsweise wenigen Fälle das reiche Bayern weiß Gott nicht arm machen.“

Die Kosten, die Sie bei dem Zug durch alle Instanzen vielleicht vorerst sparen können, machen jedoch den Schaden nicht wett, der durch die soziale Diskriminierung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien angerichtet wird.“

DGB Pressestelle, Nachfragen: Heide Langguth, DGB Bayern: 089 - 517 00 210

Erste Erfolge nach Warnstreik

Am Morgen des 19. April 2001 fanden 5000 Abonnenten der *Badischen Zeitung* in Freiburg und Umgebung statt der gewohnten Zeitung ein Infoblatt in ihrem Zeitungsrohr mit der Überschrift „Warnstreik!“ „Statt Ihrer Zeitung finden Sie heute in Ihrem Briefkasten nur dieses Flugblatt. Dies ist so, weil sich Ihr/e ZeitungszustellerIn dem Aufruf der Gewerkschaft ver.di zu einem Warnstreik angeschlossen hat. Wir wollen auf diese Weise versuchen, einen Tarifvertrag für die ZeitungszustellerInnen des Badischen Verlages durchzusetzen“. Und weiter hieß es: „Wir streiken, weil unsere Löhne in den letzten fünf Jahren um mehr als ein Drittel gesunken sind! Der Badische Verlag hat nichts unternommen, diese weit über die Schmerzgrenze hinausgehenden Einkommensverluste auszugleichen. Wir ZeitungszustellerInnen sehen uns in unserer Würde als Arbeitnehmer verletzt und in unserer Existenz gefährdet“. Es wurde wegen weiterer Informationen auf die Internetseite <http://home.t-online.de/home/zeitungsstreik/> verwiesen, außerdem wurden die Abonnenten gebeten, ihre Kritik und Meinungsäußerungen per eMail, Telefon oder Fax an ver.di oder die *Badische Zeitung* zu richten.

Aber fangen wir vorne an: Seit September 2000 führen aktive ZustellerInnen Konsens-Gespräche mit der Geschäftsleitung der Freiburger Zustellagentur Medien-Service Freiburg (MSF). Diese Gespräche sind auf Wunsch der Verleger des Badischen Verlages, Herrn Poppen und Herrn Dr. Hodeige, begonnen worden. Sie hatten, nachdem sie auch persönlich in die aktive Geschäftsführung des Badischen Verlages eingestiegen sind, erkannt, dass der seit gut einem Jahrzehnt schwelende Dauerkonflikt mit dem Betriebsrat der ZustellerInnen sehr viele Ressourcen gebunden hat. Der Konflikt tobte nach der Aufspaltung der Universal-Zustell-Gesellschaft mit ca. 2000 Beschäftigten in sieben kleinere Zustellgesellschaften nun vor allem in der oben genannten MSF weiter. Auf Bitten der Verleger versuchte der zuständige Bezirkssekretär der IG Medien, Franz Faißt, sich als „Moderator“. Die Gespräche waren äußerst schwierig, denn zehn Jahre Kriegszustand sind nicht in zwei Stunden aufzuarbeiten. Es wurde vieles versprochen, aber auch immer wieder vieles auf die lange Bank geschoben. Während dieser Gespräche kam man auch überein, dass die seit fünf Jahren nicht mehr erhöhte Bezahlung der ZustellerInnen endlich deutlich verbessert werden müsse. Deshalb wurde im Dezember letzten Jahres von den Mitgliedern der IG Medien eine Tarifkommission gewählt, um Haus tarifverhandlungen einzuleiten.

Zu ersten Verhandlungen kam es dann am Mittwoch, den 18. April. Zuvor war schon bekannt geworden, dass die Stücklohn der ZustellerInnen ab 1. April um 20 Pfennig von 4,33 DM auf 4,53 DM angehoben werden solle. Natürlich ohne rechtsverbindlichen Tarifvertrag. Uns gegenüber saßen der Inhaber der MSF, Herr Mohm, mit einem seiner Inspektoren und Rechtsanwalt Dr. Hidemann. Die Tarifkommission erläuterte die Forderungen: Festes Monatsentgelt für jeden Bezirk mit positiver Anpassungsklausel. 6 Wochen Jahresurlaub. Urlaubsgeld. Kostenerstattung für die Benützung eigener Fahrzeuge. Vermögenschwirksame Leistungen. Nachtzuschläge und Sonn- und Feiertagszuschläge. Bezahlung von Fremd- und Eigenbeilagen. Erschwerniszuschläge für besonders ungünstig zustellende Objekte. Und noch anderes mehr. Die Gegenseite regte sich über den riesigen Forderungskatalog auf und bemerkte, dass man dabei ja gleich die Zustellung der Zeitung der Post übergeben könne. Außerdem sei für dieses Jahr ja bereits eine Erhöhung um 20 Pfennig nun beschlossen worden und das sei ja nun auch schon eine beachtliche Steigerung um 4,6 Prozent. Aber man wolle auf jeden Fall weiterverhandeln. Frühestens Mitte Mai sei dies möglich. Auf unsere Forderung, dass auch jemand vom Badischen Verlag mit am Tisch sitzen müsse, meinte man, dass das nächste Mal die Juristin des Verlages als Beobachterin mit dazukommen solle.

Die Mitgliedern der Tarifkommission waren alle überzeugt davon, dass die Gegenseite weiterhin auf Zeit spielen wird und dass ganz bewusst noch schnell vor den Verhandlungen die Stücklohn erhöhung beschlossen wurde, um den Dampf abzulassen und die ZustellerInnen und Zusteller wieder ruhig zu stellen.

Am selben Tag fand dann am frühen Abend eine Betriebsversammlung statt, die von den Mitgliedern der Tarifkommission mit großer Spannung erwartet wurde. Neben dem eigentlichen Chef der MSF, Herr Mohm, hatte auch Verleger Dr. Christian Hodeige sich erstmals zu einer Betriebsversammlung im Zustellbereich angesagt. Er zeigte sich schuldbewusst und zerknirscht. In den kommenden Jahren sollen die ZustellerInnen nicht mehr von der üblichen Tarifentwicklung abgekoppelt werden, und man hätte ja auch in diesem Jahr nun schon seine Großzügigkeit gezeigt. Allein die Begeisterung der anwesenden Kolleginnen und Kollegen hielt sich in Grenzen.

Nach der Betriebsversammlung wurde dann lange diskutiert. Die Frage war, ob man den zähen Verhandlungen durch eine Warnstreikaktion nicht auf die

Sprünge helfen könne. Gegen 22 Uhr wurde dann die Entscheidung gefällt: Wir probieren es heute Nacht. Die entsprechenden Gremien der Gewerkschaft hatten im Vorfeld schon die vorsorglichen Beschlüsse gefasst, die dazu nötig waren, diese Entscheidung zu treffen. Natürlich hatten auch die Mitglieder der Tarifkommission schon die notwendigen Vorbereitungen getroffen, so dass nun alles nach Plan ablaufen konnte.

Der Plan war, dass wir einen ersten Warnstreik mit 10 bis 20 Zustellern durchführen.

Da in Freiburg die Anzahl der entwendeten Zeitungen sehr hoch ist, wurde vereinbart, dass die Zusteller Ihre Zeitungen an der Ablagestelle abholen und im Keller des DGB-Hauses sicherstellen und zwischenlagern. Danach sollten die ZustellerInnen wieder ausrücken, um Ihren Abonnenten das eingangs beschriebene Infoblatt in den Briefkasten zu werfen. Ab drei Uhr war das IG Medien-Büro in Freiburg durch das hauptamtliche Team besetzt, um auf Probleme unmittelbar reagieren zu können, aber auch um den streikenden Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zu geben, bei Kaffee sich auszutauschen und mizubekommen, welche Auswirkungen der Warnstreik hätte.

Kurz nach drei Uhr – wir wussten noch gar nicht konkret, wie viele ZustellerInnen jetzt beschlossen hatten zu streiken, kamen bereits die ersten Nachrichten: Einige ZustellerInnen hatten an den Ablageplätzen ihre Zeitungen nicht vorgefunden. Es zeigte sich dann bald, dass die Geschäftsleitung der MSF noch in der Nacht informiert worden war. Die hatten dafür gesorgt, dass die Leute, die sie sicher zu den Streikenden rechneten, keine Zeitung vorfanden. In einem anderen Falle hatte ein Inspektor zwei Kollegen abgepasst, die eben Ihre Zeitungen in ein Auto einladen wollten, um sie zum DGB-Haus zu fahren. Er versuchte das dadurch zu verhindern, dass er bei der Polizei anrief und einen großen Diebstahl von Zeitungen meldete und die Autonummer durchgab. Wie wir inzwischen wissen, sind die Polizisten auch mit einer Einsatzgruppe von drei Fahrzeugen zur „Tatstelle“ geeilt. Da waren die Kollegen aber schon auf dem Hof des DGB-Hauses angekommen. Wir riefen daraufhin gleich bei der Einsatzzentrale der Polizei an und informierten diese, dass es sich bei dem gemeldeten Diebstahl um eine offizielle, ordentliche Warnstreikaktion handelt. Sofort bekamen wir dann die Rückmeldung, dass sich die Polizei in so einem Falle natürlich neutral verhalte und auch keine Fahndung gegen das angezeigte Fahrzeug einleiten werde. Dies hob die Stimmung der Kolleginnen und Kollegen

im Streiklokal deutlich an. Ebenso deutlich stieg die Stimmung als klar war, das alles in allem 15 ZustellerInnen 5000 Zeitungen nicht zugestellt haben. Wir lagen also voll in unserem Plan!

Gegen sechs Uhr Morgens begann dann das Telefon im Büro der IG Medien nahezu ununterbrochen zu läuten: Es meldeten sich die ersten Abonnenten nach dem vergeblichen Gang zum Briefkasten. Das ging übrigens weiter bis ca. 11 Uhr am Vormittag und die allergrößte Überraschung war, dass die meisten Anrufer großes Verständnis für unseren Warnstreik signalisierten. Völlig überrascht waren wir auch davon, dass sich ca. 40 Abonnenten schriftlich per Fax oder eMail bei uns meldeten. Auch dort gab es überwiegend positive Reaktionen. Die Negativreaktionen ließen sich vor dieser überwältigenden Zustimmung mit Gelassenheit tragen, zumal die vielfach völlig undifferenzierte Beschimpfungen enthielten oder Allgemeinplätze, die man schon nicht mehr ernst nehmen konnte.

Gegen 9.30 Uhr rief dann auch der spürbar nervöse Verleger Dr. Hodeige bei uns an und wollte wissen, was er nun machen solle. Offensichtlich hatten die im Verlag an diesem Morgen auch alle Hände voll zu tun, um die entsprechenden Anrufe, Faxe und Emails zu bearbeiten. Ihm teilten wir dann auch mit, dass die Zeitungen sicher und unversehrt bei uns aufbewahrt würden und gerne abgeholt werden könnten. Eine halbe Stunde später war dann auch schon der Lieferwagen zur Abholung da.

Der Warnstreik war aus unserer Sicht ein voller Erfolg. Erstens haben wir erreicht, dass die Verleger sich bereit erklärt, persönlich an den Verhandlungen teilzunehmen. Zweitens haben wir geschafft, als Tarifkommission ernst genommen zu werden. Drittens haben wir im Raum Freiburg eine breite Öffentlichkeit erreicht. Nicht durch die Badische Zeitung, die in Ihrem Blatt bisher die Aktion verschwiegen hat, sondern über die lokalen Stationen von SWR, Radio Regenbogen und FR 1, die sehr fair berichteten. Auch unsere Internetseite verzeichnet bis zum heutigen Tag insgesamt mehr als 1000 Zugriffe.

Inzwischen haben wir auch zweimal verhandelt. Es gibt Angebote zu weiteren Verbesserungen der Einkommen der ZustellerInnen. Sie sind noch keineswegs zufriedenstellend, reichen aber dazu aus, es vorerst weiter auf dem Verhandlungswege zu versuchen. Bis 20. Juni ist jetzt urlaubsbedingt erst mal Pause mit Verhandeln. Wir werden die Zeit nutzen, mit vielen Zustellerinnen und Zustellern zu reden. Nicht nur in Veranstaltungen, sondern auch in der Nacht an den Ablagestellen. Sind weitere Streiks notwendig, werden wir natürlich mit völlig neuer Taktik ans Werk gehen. Die verraten wir aber nicht im Voraus.

Im Auftrag der Tarifkommission,
Franz-Xaver Faßb

Diskussion bei der ÖTV

Was wir von den Piloten lernen können

Es ist Zeit für einen finanziellen und personellen Nachschlag!

Im Krankenhausinfo herausgegeben von den Verdi-Betriebsgruppen der Stuttgarter Krankenhäuser ist in der neuesten Ausgabe ein Diskussionsbeitrag veröffentlicht, der zu Konsequenzen bei der gewerkschaftlichen Forderungsaufstellung aufruft.

Die letzten Jahre waren geprägt durch das massive Gezeter der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, dass die Kassen leer seien, die Gewinne einbrächen, sie sich im Globalisierungswettkampf nicht mehr behaupten könnten, dass weitere Rationalisierungen und Arbeitsplatzabbau notwendig seien.

Unter dem Eindruck dieses Trommelfeuers waren immer mehr Beschäftigte und Gewerkschaften wie gelähmt. Es wurden nicht nur Lohnerhöhungen hin-



genommen, die eigentlich Lohnsenkungen sind, weil sie unter der Preissteigerungsrate lagen. Es wurde auch zunehmend der Kampf gegen Personalabbau und Arbeitsplatzvernichtung eingestellt.

Auch die Auseinandersetzung mit Billiganbietern wurde nicht offensiv geführt. Billiganbieter, die – unter Ausnutzung der Notlage von KollegInnen, die Arbeit suchen und von KollegInnen aus den Peripherieländern der Europäischen Gemeinschaft – Löhne zahlen wie vor hundert Jahren und die Beschäftigten schlüssig bis aufs Blut ausbeuten. Man backte kleine Brötchen und ließ sich in vielen Bereichen auf die Abwärtsspirale ein.

Ergebnis ist, dass die Umverteilung des von unseren Händen geschaffenen Reichtums in die Hände der Kapitaleigner ungeheuere Ausmaße angenommen hat. Bei uns bleibt immer weniger. Die Taschen der Reichen sind prall gefüllt – so prall, dass immer mehr Kapital zu Spekulationszwecken auf dem internationalen Aktienmarkt eingesetzt wird, statt es zu reinvestieren. Die Verteilung von Armut und Reichtum schlägt sich auch in den Fakten nieder, die der Armutsbereich der Bundesregierung oder auch der Armutsbereich der Stadt Stuttgart aufgezeigt haben. Ergebnis all dieser Berichte: die Spaltung in dieser Ge-

sellschaft nimmt immer mehr zu.

Ein neues Signal sind nun die Arbeitskämpfe der Piloten. Sie haben ebenfalls unter dem Eindruck eines drohenden Konkurses der Lufthansa in den neunziger Jahren massiven Lohnkürzen zugestimmt. Jetzt explodieren die Gewinne bei der Lufthansa und sie wollen ihren Anteil daran haben. Die Forderungen der Piloten sind nach unserer Auffassung eindeutig richtig. Das einzige Problem ist, dass sie ihre Kampfkraft nur für sich alleine einsetzen und nicht gemeinsam mit den anderen Beschäftigten, damit auch das Bodenpersonal mehr vom Kuchen abbekommt.

Wir haben kein Verständnis dafür, wenn jetzt auf die Piloten gehetzt und so getan wird, als ob sie Privilegien schinden würden. Im Gegenteil – die anderen Beschäftigten sollten von den Piloten lernen, sich eine Scheibe abschneiden und sich nicht mit den niedrigen Tarifabschlüssen dieses Jahres abfinden. Offenbar waren die Tarifforderungen der ÖTV zu bescheiden und Ver.di hat jetzt eine Chance dazuzulernen und höhere Forderungen zu stellen. Es ist Zeit für eine Nachschlagsdiskussion, weil dieses Jahr keine Tarifverhandlungen vorgesehen sind. Sowohl die öffentlichen Kassen als auch die Kassen der Unternehmer sind so voll, dass es nicht nur gerecht, sondern aufgrund der Preisentwicklung für uns Beschäftigte zwingend notwendig ist, einen materiellen Ausgleich zu erhalten.

Auch bei der Stadt Stuttgart und im Klinikum ist dies nicht anders. Die jüngst vorgelegten Halbjahresbilanzen des Klinikums strotzen vor versteckten Millionen (z.B. Rückstellungen), vor Investitionen in Baumaßnahmen (die man ja aus Eigenmitteln auch nur machen kann, wenn Geld da ist) und trotzdem weisen sie noch einen Gewinn von über drei Millionen aus – wohlgerichtet in der Halbjahresbilanz.

Hinzu kommt folgendes: Der Gesamtpersonalrat Klinikum hat in seinem Flugblatt darüber informiert, dass die Kassen für das Jahr 2000 zwölf Millionen DM nachgezahlt haben und sich diese Nachzahlungen auch in entsprechender Höhe auf die Einnahmen der Folgejahre auswirken.

Wir möchten daran erinnern, dass dieses massive Plus an Einnahmen daher röhrt, dass den Beschäftigten aufgebürdet wurde, immer mehr Patienten in immer kürzerer Zeit zu behandeln und dass dies ohne adäquaten Personalausgleich geschah.

Neben der Nachschlagsdiskussion auf tariflicher Ebene müssen deshalb auch betrieblich die Interessen der Beschäftigten besser berücksichtigt werden. Der Gesamtpersonalrat Klinikum hat der Geschäftsleitung ein Forderungspaket vorgelegt, das genau diesem Anliegen nachkommt. Es werden Forderungen zur Verbesserung der Personalausstattung erhoben (bei Mutterschutz- und Erziehungsurlaub: Einstellungen unbefristet



Warnstreik bei Porsche. Unmittelbar nach Redaktionsschluss haben IG Metall und Arbeitgeberverband abgeschlossen, siehe dazu Dokumentation aus dem Handelsblatt.

ab dem ersten Tag, Schaffung von 20 Sozialstellen für Krankheitsvertretungen, die Möglichkeit, die Budgets in Höhe der Fluktuationsrate zu überziehen) und auch Forderungen nach finanziellen Verbesserungen (Ballungsraumzulage von 200 DM, Vorweggewährung von Altersstufen in allen Bereichen, in denen Personalgewinnung schwierig ist, verbesserte Regelung zur Darlehensgewährung, Übernahme der Umzugskosten, für Fortbildung ein Prozent der Personalbudgets, erhöhtes Jubiläumsgeld: 1.500 DM bei 25 Jahren, 3.000 DM bei 40 Jahren). Diese Forderungen sind vollständig richtig. Wir werden ihre Durchsetzung unterstützen. Wenn die Geschäftsleitung sich nicht bewegt, werden wir zu Protestaktionen für einen Nachschlag aufrufen.

150 000 beteiligen sich an Warnstreiks

Mehr als eine Pflichtveranstaltung der Funktionäre

Bis zum 11. Juni hatten sich nach Angaben der IG Metall Baden-Württemberg insgesamt 150000 Beschäftigte der Metallindustrie des Landes an Warnstreiks beteiligt. Das ist viel, weil es dieses Jahr bekanntlich bei den Tarifverhandlungen nicht um höhere Löhne und Gehälter geht (die wurden bereits letztes Jahr mit einer Laufzeit von zwei Jahren abgeschlossen). Das Thema ist vielmehr Qualifizierung von Beschäftigten und Begrenzung der Arbeitsbelastung, worüber die IG Metall bereits einmal in den 80er Jahren versuchte tarifliche Regelungen zu finden. Besonders in der Großbetrieben scheint die erneute Auseinandersetzung auf Interesse und Zustimmung zu stoßen. Schließlich geht es um solche Themen wie Verpflichtung der Arbeitgeber nach mehrjähriger Bandarbeit etwas für die Ausbildung des Beschäftigten zu tun, damit dieser einen Ausstieg finden kann, oder darum, dass ältere Beschäftigte einen Anspruch erhalten, ihr

Wissen wieder „aufzufrischen“, so dass sie auf dem Arbeitsmarkt noch Chancen haben und nicht völlig als Zubehör zu einer Firma und einer Tätigkeit abqualifiziert sind. Wir dokumentieren aus dem Flugblatt der IG Metall vom 12.6.:

Unternehmer mauern bei den Benachteiligten!

Die Unternehmer mauern: In der vierten Runde zum Tarifvertrag „Qualifizierung und Beteiligung“ am 11. Juni bewegten sie sich keinen Millimeter weiter. Sie mauern ausgerechnet bei den heute schon Benachteiligten, den Kolleginnen und Kollegen am Fließband und bei den Einsatzeingeschränkten.

Es hat sich als richtig erwiesen, dass wir mit unseren Aktionen der letzten Tage weiter Druck gemacht haben. Rund 150 000 Beschäftigte haben sich schon beteiligt.

Die Arbeitgeber haben nämlich versucht, selbst die in der dritten Verhandlung erreichten Eckpunkte zur Qualifizierung wieder zurückzunehmen.

Die Arbeitgeber mauern:

- bei den Qualifizierungsschancen für unsere Kolleginnen und Kollegen an den Bändern und in anderen restriktiven Arbeitsbedingungen,
- bei den Einsatzeingeschränkten, also bei den Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr so viel leisten können, weil sie gesundheitlich angeschlagen sind.

Ausgerechnet die Schwachen

Ausgerechnet diese Kolleginnen und Kollegen sollen die Angeschmierten sein! Da macht die IG Metall nicht mit.

Außerdem weigern sich die Arbeitgeber immer noch, mit der IG Metall unsere Forderung gegen Leistungsüberlastung zu verhandeln. So kann es nicht sein! Wir lassen uns nicht an der Nase herumführen.

Wir bleiben am Ball!

Der Druck in den Betrieben muss deshalb aufrecht erhalten bleiben. Die IG Metall ruft weiter zu betrieblichen Aktionen auf. Zeigt massenhaft euren Protest!

Weiterbildung wird erstmals tariflich geregelt

(*Handelsblatt, 19.6., Internet-Ausgabe*)

(ap BÖBLINGEN.) In der deutschen Metallindustrie ist erstmals ein tariflich verankerter Anspruch auf Weiterbildung vereinbart worden. Arbeitgeber und Gewerkschaft einigten sich in der Nacht zum Dienstag in Böblingen auf einen entsprechenden Vertrag für die 820 000 Beschäftigten in der baden-württembergischen Metallindustrie. Die IG Metall und der Arbeitgeberverband Südwestmetall einigten sich darin unter anderem auf möglichst jährlich stattfindende Personalentwicklungsgespräche in den Unternehmen.

Nach Angaben eines Gewerkschaftssprechers sollen bei diesen Personalgesprächen mit dem jeweiligen Mitarbeiter Qualifizierungsmaßnahmen erörtert werden, die für seine Arbeit im Betrieb förderlich sind. Für die Weiterbildung wird der Arbeitnehmer freigestellt, die Kosten übernimmt der Arbeitgeber.

Nach dem vereinbarten Tarifvertrag kann die Weiterbildung im Betrieb oder auch extern erfolgen. Besondere Programme werden für an- und ungelernte Kräfte sowie ältere Arbeitnehmer entwickelt. Von den 820 000 Metallbeschäftigten in Baden-Württemberg sind den Angaben zufolge rund 35% an- und ungelernte Kräfte.

Gewerkschaftssprecher Frank Stroh sagte, wenn der Arbeitnehmer nicht zufrieden sei, könne er eine paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetzte Kommission zur Schlichtung anrufen. Ein neues Element der Tarifpolitik ist den Angaben zufolge die Einigung auf die gemeinsame Schaffung einer Qualifizierungsagentur. Die Kosten sollen vom Arbeitgeberverband und der Gewerkschaft getragen werden.

Die Qualifizierungsagentur setze einen neuen Standard in der Tarifpolitik, sagte auch Arbeitgeberchef Zwiebelhofer. Sie werde vor allem kleineren und mittleren Betrieben helfen, ihre Mitarbeiter für die steigenden Anforderungen des rasanten technischen Wandels fit zu halten.

Die Tarifkommission der IG Metall wollte noch am Dienstag über das Ergebnis der Verhandlungen beraten. Der Tarifvertrag soll zum 1. September in Kraft treten. Mit ihrer Forderung nach Mitsprache bei der Leistungsfestsetzung konnte sich die IG Metall nicht durchsetzen. Stroh sagte, dieses Thema stehe weiter auf der Tagesordnung. Die Erklärungsfrist der beiden Tarifvertragsparteien zur Annahme der Vereinbarung läuft bis zum 12. Juli.

Die AG Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit beim Parteivorstand der PDS hat in ihrer Beratung am 12. Mai 2001 ihre programmatische Debatte fortgesetzt ... Die Mitglieder der AG erklären im Ergebnis der ersten Beratung zum Programmertwurf:

1. Endlich ist Bewegung in die Programmdebatte gekommen ... In dem Entwurf sind viele Diskussionen, die innerhalb der PDS wie auch gemeinsam mit Verbänden, Gewerkschaften, mit Wissenschaftlern und vielen anderen geführt worden sind, zusammengefasst. Dies betrachten wir mit Blick auf die künftige programmatische Ausrichtung der PDS und ihre praktische Politik in den Kommunen, in den Ländern sowie auf Bundes- und europäischer Ebene als äußerst wichtig.

2. Wie vor dem Programmparteitag im Januar 1993 wurde aber auch im vorliegenden Programmertwurf der Kommunalpolitik nicht jener Stellenwert zugeordnet, der ihr gebührt. Die gravierenden Probleme dieser Ebene des politischen Agierens der PDS wurden zudem nicht mit der notwendigen Tiefe analysiert. Allein mit der Aufnahme des Wortes „Kommunen“ in diverse Aufzählungen oder der ziemlich inhaltsleeren Formulierung „Verteidigung und Wiedergewinnung kommunaler Selbstverwaltung gegen ihre finanzielle und politische Strangulierung“ sind die seit 1993 extrem verschärften Wirkungsbedingungen kommunaler Selbstverwaltung in Deutschland und daraus folgenden Handlungsansätze der PDS nicht zu beschreiben. Die Aussagen im Entwurf bleiben hinsichtlich ihrer Konkretheit sogar hinter dem geltenden Parteiprogramm zurück. Auf dem Magdeburger Parteitag, auf der Kommunalpolitischen Konferenz der PDS, in Wahlprogrammen und nicht zuletzt auch in den von der AG übergebenen Papieren wurden Probleme wie auch mögliche Handlungsansätze für die PDS beschrieben. Dass sich davon faktisch nichts im Programmertwurf wiederfindet, werden wir nicht hinnehmen. Aussagen zum Stellenwert, zu den Bedingungen und grundsätzlichen Handlungsansätzen der kommunalpolitischen Arbeit der PDS sind in einem Programm der PDS unverzichtbar. Das Grundverständnis unserer Partei von der Bedeutung der kommunalen Ebene für die Umsetzung von politischen Angeboten der PDS gehört – und zwar ganz im Sinne der Beschlussfassung des Magdeburger Parteitages „Kommunen stärken, Gesellschaft von unten verändern“ – in konzentrierter Form in ein PDS-Programm. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Thesen zur Programmdiskussion, in denen die unterschiedlichen Ebenen des Wirkens der PDS – von Europa bis zu den Kom-

munen – grundsätzlich charakterisiert werden. Im Unterschied dazu bleiben die Kommunen (und auch die Länder) im vorgelegten Programmertwurf weitgehend außerhalb des Blickfeldes der Gesamtpartei. Dies lehnen wir – schon aus taktischen wie strategischen Erwägungen – ab. Erinnert sei daran, dass die Partei ihren bundespolitischen Durchbruch zu Recht mit den Kommunalwahlen in Brandenburg 1993 (und den nachfolgenden Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern 1994) verbunden hat. Das kommunalpolitische Wirken vieler Mitglieder und SympathisantInnen der PDS hat in den vergangenen Jahren wesentlich zum Aufschwung unserer Partei beigetragen. Auch heute ist das Ansehen der PDS maßgeblich durch ihr großes Engagement in den Kommunen – nunmehr auch in den alten Bundesländern – geprägt.

3. Die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit beim Parteivorstand der PDS wird sich weiter mit eigenen Vorschlägen an der Programmdebatte beteiligen. Wir werden unsere Auffassungen und Vorschläge insbesondere zu folgenden Fragen erneut an Programmkommission und Parteivorstand herantragen:

► zur Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung durch laufende und bevorstehende Liberalisierungsprozesse vor allem auf europäischer Ebene – dabei geht es letztendlich um die Frage, ob es künftig in Deutschland überhaupt noch eine kommunale Selbstverwaltung mit einem breiten Spektrum an öffentlicher Daseinsvorsorge geben wird;

► zur Neugestaltung der kommunalen Finanzverfassung als Bestandteil der Neuordnung der Finanzverfassung der Bundesrepublik – verbunden mit einer Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen als Grundvoraussetzung für erfolgreiche regionale und kommunale Entwicklung, für die von uns gewollte selbsttragende Entwicklung von Regionen und Gebieten;

► zu den Möglichkeiten, die die Kommunen für gesellschaftliche Veränderungen von unten haben – dabei geht es nicht nur um möglichst viele parlamentarische und außerparlamentarische (direktdemokratische u. a.) Instrumente, sondern darum, ob und wie die Kommune als Bürgerkommune funktionieren kann, wie Bürger Verantwortung für sich und andere übernehmen können, um kommunale Prozesse im Interesse der Gemeinschaft zu steuern und Ansätze für gesellschaftliche Veränderungen zu erproben.

Wir gehen davon aus, dass die Vorschläge der AG in den zuständigen Gremien gemeinsam mit der AG einer ernsthaften Erörterung unterzogen werden.

Zusammenstellung: jöd

Viel gescholten, aber kaum zitiert

Freizügigkeit ist die Lehre aus Mauerbau vor 40 Jahren

Von Prof. Dr. Peter Porsch, Vorsitzender der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag

Als die „Mauer“ gebaut wurde, geschah dies in klammheimlicher Übereinstimmung zwischen Moskau, Ostberlin, Washington und Bonn: Die Welt war geteilt und bis auf den letzten Millimeter verteilt. Das veranschaulichten am 13. August 1961 die sich unmittelbar gegenüberstehenden Panzer der Supermächte an der Sektorengrenze in Berlin. Keine der beiden Seiten konnte ernsthaft ein Interesse an instabilen Verhältnissen haben. Als letztes Mittel der Konsolidierung hätte mit dem Bau der Mauer aber ein Konzept einhergehen müssen, wie man sie wieder los wird. Die Mauer hat 1961 den Frieden in Europa und der Welt erhalten. Das Fehlen eines Konzeptes, wie man sie wieder los wird, hat nicht nur den Frieden in Europa zunehmend gefährdet. Vor allem ging ihr Fall jedoch einher mit dem tragischen Ende eines legitimen Sozialismusversuches. Das eröffnete zwar die Chance, Sozialismuskonzepte zu qualifizieren, entfesselte allerdings zuallererst und global die kapitalistische Ökonomie.

Es war historisch verständlich und legitim, dass das „sozialistische Lager“ nicht bereit war, sich einfach aufzulösen. Nach dem Mauerbau erlebte die DDR ein kleines Wirtschaftswunder, und es gab auch Fortschritte bei den Bemühungen, die Grenze zwischen den Systemen für die Menschen durchlässiger zu machen – erinnert sei an die Erleichterungen des Besucherverkehrs. Doch als der legitime Sozialismusversuch endgültig in die Krise geriet, fiel Honecker nur Zweierlei ein: Die Mauer werde es noch in hundert Jahren geben, und um die von ihr ungelösten und nicht mehr zu lösenden Probleme kümmerte sich die Stasi.

Die Folgen waren verheerend, nicht zuletzt durch die Abkoppelung eines großen Teils der Intelligenz vom internationalen Ideenaustausch. So blieb als Ausweg nur die Implosion. Diejenigen, von denen sich das Volk schließlich vertreten fühlte, organisierten folgerichtig die Abwicklung des Staates DDR bzw. in allen einstigen „Bruderländern“ mehr oder weniger eindeutig die Abwicklung des gescheiterten Staats-Sozialismus.

Niemandem wäre damit geholfen, wenn wir uns für die Mauer entschuldigen. Aber dass wir daraus die politischen Konsequenzen ziehen, darf erwartet werden. Die Opfer der Mauer sind durch nichts zu rechtfertigen, so wenig wie alle Opfer von kalten oder heißen Kriegen und diese Kriege selbst. Das bedeutet als



Innenminister Otto Schily, verantwortlich für das im Bild exemplarisch dokumentierte Grenzregime zu Polen an der Oder, einem Teilstück der Festung Europa, gehörte zu den Kritikern an Peter Porsch.

wichtigste Erkenntnis: Hinter dem Schutz einer Mauer kann sich ein Land auf Dauer nicht entwickeln. Es ist weder angeraten, sich einzumauern, noch darf es unsere Politik sein, Menschen „herauszumauern“, die uns scheinbar nicht ins Konzept passen.

Das bedeutet konkret für die bevorstehende EU-Osterweiterung: Sie darf nicht auf eine Entgrenzung der Kapitalströme beschränkt werden. Gerade auf Grund unserer historischen Erfahrung müssen wir leidenschaftliche Anhänger der persönlichen Freizügigkeit des ein-

zelnen Menschen sein. Wir treten ein für den Austausch der Gedanken, der Kulturen und natürlich auch der Wirtschaft. Ein entfesselter Kapitalismus war aber

nicht das Ziel der Bewegung, die die Mauer zum Einsturz gebracht hat, also auch nicht eine Welt, in der sich das Geld bewegen darf, aber die Menschen nicht.

Die frühere Diktatur eines vergreisten Politbüros darf nicht ersetzt werden durch die Diktatur des Brüsseler Zentralismus, durch eine Bürokratie, die dem Großkapital die Hindernisse aus dem Wege räumt und den Menschen durch sinnlose Vorschriften den Alltag erschwert. Wir treten als sächsische PDS-Landtagsfraktion ein für ein Europa der Regionen, wohl wissend, dass keine Region für sich allein wachsenden Konzernmächten Paroli bieten kann. Dieses Europa muss von unten wachsen, wenn es eine Zukunft haben soll. Mit dem Europabüro in Bautzen, einer Drei-Länder-Konferenz in Zittau und grenzübergreifenden Initiativen mit Partnern aus Tschechien und Polen haben wir schon begonnen, zu dieser Entwicklung unseren Beitrag zu leisten.

... Daran können wir nur gemeinsam etwas ändern – über alle noch bestehenden Grenzen hinweg. Dresden, 14.6.2001

Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Situation im Nahen Osten

Einmischung erwünscht: Für eine Zivilisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts

1) Der israelisch-palästinensische Konflikt ist nach wie vor von einer friedlichen Lösung weit entfernt. Die Eskalation der Gewalt bestimmt zur Zeit den Prozess im Nahen Osten, der Friedensprozess ist zusammengebrochen. Die zaghafte Annäherungsversuche zwischen Israelis und Palästinensern, die mit den Oslo-Verhandlungen Anfang der 90er Jahre begannen, scheinen zerstört. Gegen unbewaffnete palästinensische Demonstranten setzt das israelische Militär tödliche Waffen ein, auf palästinensische Terrorattentate reagiert es mit dem Einsatz von Artillerie und Kampfflugzeugen. Beide Seiten handeln nach dem archaischen Gesetz des „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Seit Beginn der sogenannten Al-Aksa-Intifada sind auf beiden Seiten über 500 Menschen, die meisten von ihnen Palästinenser, getötet worden, darunter rund 70 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Mehrere tausend Palästinenser und einige hundert Israelis wurden verwundet.

Vertane Chancen und Fehlentwicklungen

2) Der neuerliche Ausbruch offener Gewalt ist das Ergebnis von vertanen Chancen der letzten Jahre und von Fehlentwicklungen, die zum Teil tief in die Geschichte der israelischen Staatsgründung hinein reichen. Israel hatte seine Sicherheit stets auf militärische Stärke gegründet und mit einer Expansionspolitik versucht diesen Status zu sichern. Durch die Besetzung dieser Gebiete und die Errichtung jüdischer Siedlungen hatte sich die Lage weiter verschärft. Bei den ver-

triebenen Palästinensern, die teilweise seit Jahrzehnten in Flüchtlingslagern leben, wuchs der Hass auf die israelische Besatzungsmacht von Jahr zu Jahr. Aus diesem Potenzial lassen sich immer wieder „Kämpfer für die Befreiung Palästinas“ rekrutieren, die dann mit Anschlägen oder Selbstmordattentaten gegen Israel vorgehen. Wenn die israelische Armee darauf wiederum mit militärischen Mitteln antwortet, so dreht sie weiter an der Schraube der Gewalt, denn mit jedem Militärschlag wächst auch der Hass auf die Besatzer und die Bereitschaft zu weiteren Racheakten. Über kurz oder lang wird der israelischen Regierung, die diese Situation stets ignoriert und einseitig auf militärische Reaktionen gesetzt hatte, nichts anderes übrig bleiben, als eine friedliche Lösung des Konfliktes anzustreben. Nur über Verhandlungen und der Bereitschaft zu wirklichen Kompromissen wird Israel auch zu einem Ausgleich mit seinen Nachbarstaaten und den Palästinensern gelangen und somit letztendlich auch die notwendige eigene Sicherheit verbessern.

3) Von der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom wurden vor kurzem 80 Thesen vorgelegt, die für ein „neues Friedenslager“ notwendig seien. Darin heißt es unter anderem, dass es eine entscheidende Aufgabe sein wird, die „einseitige Sicht des Konflikts aufzugeben.“ Jede Seite sollte in der Lage sein, „die nationale geistige Welt der anderen Seite zu verstehen“ und sich als gleichberechtigte Partner gegenüber zu treten. Die Möglichkeit einer einvernehmlichen

Zu der Diskussion um seinen Beitrag „Freizügigkeit ist die Lehre aus Mauerbau vor 40 Jahren“ sagt der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Prof. Dr. Peter Porsch:

„Es ist für mich immer schon eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass die Opfer der Mauer durch nichts zu rechtfertigen sind, so wie alle Opfer von kalten oder heißen Kriegen und diese Kriege selbst. Gerade deshalb müssen wir eine schmerzhafte Debatte auch über den Mauerbau führen, die für die PDS besonders schmerhaft ist. Aus dieser Debatte dürfen wir uns nicht durch eine Art Ablasshandel in Form einer Entschuldigung davonstehlen. Denn nur mit dieser Debatte können wir uns der Ursachen und historischen Bedingungen der Mauer und ihrer langen Lebensdauer bewusst werden. Mir liegt gerade angesichts der für Sachsen besonders bedeutenden bevorstehenden EU-Osterweiterung die Ermöglichung von Freizügigkeit sehr am Herzen. Wer Freizügigkeit will, muss sich um bestmögliche Bedingungen für Freizügigkeit kümmern. Nur wer weiß und schonungslos offen legt, warum und von wem Mauern gebaut oder zumindest geduldet wurden, kann dafür sorgen, dass es in Zukunft nie mehr Mauern geben wird.“

Lösung wird durch eine „unsensible, herablassende, anmaßende Haltung“ ausgeschlossen. Zur Lösung des Konflikts müssen die unterschiedlichen Geschichtsdeutungen verstanden werden, dabei ist unter der Oberfläche zu suchen, „an den Wurzeln des historischen Konflikts zwischen den beiden Völkern.“

Der Konflikt ist nicht zu verstehen ohne seine Geschichte

4) Die nationalen Bewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts waren durch einen zunehmenden Antisemitismus gekennzeichnet. Aus dieser feindlichen Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung entwickelte sich die zionistische Bewegung. Dem europäischen Modell folgend war der Zionismus darum bestrebt einen eigenen Nationalstaat zu gründen, aus religiösen und traditionellen Gründen sollte dies in Palästina (hebräisch: Erez Israel) sein. Unter der Lösung „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ strebte der Zionismus die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina an. Doch Palästina war zu keiner Zeit ein leeres Land; dort lebten Ende des 19. Jahrhunderts etwa eine halbe Million Menschen, 90 Prozent davon waren Araber. Somit war das Ansinnen einen jüdischen Staat in Palästina gründen zu wollen, von Unkenntnis über das Land und von einer Arroganz und anmaßenden Haltung gegenüber den dort lebenden Menschen geprägt. Dementsprechend formierte sich unter der arabischen Bevölkerung ein Widerstandspotenzial gegen das Eindringen der Zionisten in Palästina.

5) Nach dem Ersten Weltkrieg nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den zionistischen Einwanderern und der arabischen Bevölkerung weiter zu. Verstärkt wurden diese Auseinandersetzungen durch die Judenverfolgung des Dritten Reiches. Auf der Flucht vor den Nazis versuchten viele Juden in Palästina ihr Glück, die zionistische Bewegung gewann an Stärke. Demgegenüber wuchs der Widerstand der arabischen Bevölkerung gegen eine weitere jüdische Einwanderung und gegen weiteren Landerwerb durch Juden. Durch den Holocaust, dem sechs Millionen Juden zum Opfer fielen, wurde die zionistische Forderung nach Errichtung eines eigenen Staates letztendlich politisch und moralisch gerechtfertigt.

UN-Teilungsplan und Krieg

6) Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Palästina-Problem vor der UNO verhandelt. Durch die UNO wurde ein Teilungsplan verabschiedet, der die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates vorsah. Die Stadt Jerusalem mit seiner Umgebung sollte als neutrales Gebiet einen Sonderstatus erhalten und unter internationale Aufsicht gestellt werden. Am 14. Mai 1948 wurde schließlich die Unabhängigkeit Israels verkündet. Die Bildung eines arabischen



CIA-Chef George Tenet (links) und Palästinenser-Präsident Jassir Arafat

(palästinensischen) Staates wurde durch die militärischen Auseinandersetzungen verhindert. Nach dem UNO-Teilungsplan wurden Israel 55 Prozent des Landes zugewiesen; beide Staaten, sowohl der arabische als auch der jüdische, hätten nach diesem Plan ein sehr heterogenes Staatsgebiet erhalten. Seitens der zionistischen Bewegung wurde der Teilungsplan akzeptiert; sie sah darin eine Basis für eine zu schaffende jüdische staatliche Souveränität. Von arabischer Seite hingegen wurde der UN-Teilungsplan abgelehnt. Für sie war es nicht akzeptabel, dass die Vereinten Nationen ein Land teilten, das ihnen nicht gehörte. Verstärkt wurde dies durch die Tatsache, dass nach dem Teilungsplan der jüdischen Minderheit, die nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachte, der größte Teil des Landes übergeben werden sollte.

7) Nach dem Teilungsplan und der Unabhängigkeitserklärung Israels folgte ein Krieg, bei dem beide Seiten versuchten möglichst viel Land der anderen Seite zu erobern. Im Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen der Jahre 1948/49 hat Israel sein Staatsgebiet über die Grenzen des UN-Teilungsplanes hinaus ausgedehnt und umfasste nunmehr 78 Prozent des Territoriums. Mit dieser Ausdehnung ging die systematische Vertreibung der arabischen Bevölkerung einher, während des Krieges wurden etwa 750.000 Palästinenser entwurzelt. Aus dem 1949 zwischen Israel und den arabischen Staaten geschlossenen Waffenstillstand ging der Staat Israel eindeutig als Sieger hervor, er verfügte nun über ein homogenes Gebiet, das von Eilat am Roten Meer bis zur libanesischen Grenze reichte. Die verbleibenden Reste (Westjordanland und Gaza-Streifen) des ursprünglich geplanten arabischen Staates kamen unter jordanische bzw. ägyptische Herrschaft. Während die Israelis den Krieg von 1948/49 bis heute als „Unabhängigkeitskrieg“ feiern, wurden die Folgen des Kriegs von den Palästinensern verständlicherweise nur als „Katastrophe“ (Al-Nakba) empfunden.

8) Während des Sechs-Tage-Krieges von 1967 besetzte Israel schließlich auch das restliche Territorium und darüber hinaus auch den zu Syrien gehörenden Golan sowie die zu Ägypten gehörende Sinai-Halbinsel. Erst nach dem Oktoberkrieg von 1973 zog sich Israel aus Teilen des Golan und Sinai zurück. Nach den

Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten und dem am 12. März 1979 geschlossenen Camp-David-Abkommen wurde die Sinai-Halbinsel schließlich an Ägypten zurückgegeben. Die israelische Politik war in dieser Zeit durch die Grundsätze geprägt, dass es keine Rückkehr zu den Grenzen von 1949 geben sollte, da sonst die Verteidigungsfähigkeit Israels eingeschränkt würde. Ein zweiter Grundsatz bestand darin, dass eine unabhängige und starke Militärmacht ausgebaut werden müsse, die auf die arabischen Gegner eine abschreckende Wirkung haben sollte.

9) In den von Israel besetzten Gebieten sorgte das Besetzungsrecht für weitere Spannungen und ein latent vorhandenes Konfliktpotential. Repressalien wie Vertreibung von Grund und Boden, die Sprengung von Häusern sowie die Schließung von palästinensischen Einrichtungen waren an der Tagesordnung.

Die israelische Siedlungs- und Besetzungspolitik als Quelle von Gewalt

10) Neue jüdische Siedlungen wurden in den besetzten Gebieten geschaffen. Die arabische Bevölkerung wurde in den Gebieten drangsaliert und vertrieben. Dabei wurden den „Abwesenden“ (den Flüchtlingen) große Teile ihres Landes weggenommen; ebenso den offiziell als „abwesend Anwesenden“, jenen Arabern also, die zwar physisch in Israel geblieben waren, nicht aber Bürger des israelischen Staates werden durften. Die Siedlungsbewegung ging einher mit einer zunehmenden Immigration von Juden, die teilweise mit großem Aufwand betrieben wurde. Ziel dieser Politik war die weitere Stärkung der Machtstellung Israels.

11) Die israelische Siedlungspolitik verstößt ohne Zweifel gegen internationales Recht. Durch diese Politik trägt Israel entscheidende Verantwortung an der zunehmenden Gewalteskalaion im Nahen Osten. Der UN-Teilungsplan hatte für den jüdischen Staat 55 Prozent des Landes (Palästina) vorgesehen, nach dem Krieg von 1948/49 besetzte Israel weitere 23 Prozent und nach dem Sechstagekrieg von 1967 die verbleibenden 22 Prozent. Die Politik Israels orientiert sich dabei an dem Grundsatz, dass die Errungenschaften des Krieges von 1948/49 feststehende Fakten sind, an denen nicht zu rütteln ist. Verhandlungsgegenstand und mögliche Kompromisslinien können sich demzufolge lediglich auf die verbleibenden 22 Prozent beziehen. Diese Haltung spiegelt eine eklatante Missachtung der UN-Resolutionen wieder und missachtet permanent internationales Recht.

Wirtschaftliche und soziale Folgen der Besetzung

12) Auch während der Verhandlungen zum Oslo-Abkommen und in dessen Folge setzte die israelische Regierung ihre Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten fort. Unbarmherzig erfolgte die Er-

richtung neuer und die Erweiterung bestehender jüdischer Siedlungen. Das israelische Militär besitzt die Kontrolle über alle wichtigen Straßen im Westjordanland und seiner Umgebung. Durch die israelische Politik sind die Autonomiegebiete zu einer Art Flickenteppich geworden, der von Israel kontrolliert wird. Damit wird vor allem auch die wirtschaftliche Entwicklung der Autonomiegebiete behindert. Zu der israelischen Besatzungspolitik und ihren negativen Folgen kommt die dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation hinzu. In weiten Teilen gibt es bereits Lebensmittelknappheit und einen akuten medizinischen Versorgungsnotstand.

13) Die im Gaza-Streifen und im Westjordanland lebenden Palästinenser sind einer permanenten Aggression und Demütigung durch die israelische Seite ausgesetzt. Unbewaffneter palästinensischer Widerstand ist demnach legitim. Zu verurteilen sind dagegen Terrorakte gegen israelische Einrichtungen und (Selbst-)Mordanschläge auf israelische Militärpersone und Zivilisten. Eine Politik allerdings, die ausschließlich von den Palästinensern eine klare Absage an Gewalt verlangt, zur staatlich sanktionierten militärischen und strukturellen Gewalt Israels gegen die Palästinenser (von gezielten „Hinrichtungskommandos“ über die Siedlungsausdehnung bis zur wirtschaftlichen Strangulierung) jedoch schweigt, ist von Einseitigkeit geprägt und kann in diesem Konflikt nicht neutral vermitteln.

Friedensbewegung verlangt Einmischung für den Frieden

14) Um eine Friedenslösung im Nahen Osten zu erreichen, sind verstärkte internationale Vermittlungsanstrengungen notwendig. Sie müssen sich daran orientieren, dass für alle Menschen in der Region eine Lebensperspektive zu entwickeln ist. Eine Rückkehr zur Politik verlangt von beiden Seiten die Anerkennung der im Mitchell-Bericht formulierten Grundbedingungen: die Einstellung aller Gewalthandlungen und den Stopp der Siedlungstätigkeit.

15) Unter dieser Voraussetzung und in Anlehnung an die von der israelischen Friedensbewegung ausgearbeiteten „80 Thesen für ein neues Friedenslager“ sollten folgende Grundlagen dabei Beachtung finden:

- Neben Israel wird ein unabhängiger und freier Palästinestaat gegründet.
- Die „Grüne Linie“ (die Grenze vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967) wird die Grenze zwischen den beiden Staaten. Mit Zustimmung beider Seiten ist ein begrenzter Gebietsaustausch möglich.
- Die israelischen Siedlungen auf dem Territorium des Palästinastates werden geräumt.
- Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird nach einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Regelung für die

Bewegung von Personen und Gütern offen sein.

- Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten – West-Jerusalem die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas. Der Staat Palästina wird die vollständige Souveränität in Ost-Jerusalem besitzen, einschließlich des Haram al-Sharif (Tempelberg). Der Staat Israel wird die volle Souveränität in West-Jerusalem besitzen, einschließlich der West-Mauer („Klagemauer“) und des jüdischen Viertels.
- Israel wird prinzipiell das Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen. Gleichzeitig muss eine praktische Lösung des Problems durch ein Abkommen erreicht werden, in dem faire und praktikable Maßnahmen entwickelt werden, die sowohl eine Rückkehr in die Staaten Palästina und Israel ermöglichen als auch Entschädigungen vorsehen.
- Die Wasservorkommen werden gemeinsam kontrolliert und in einem gleichberechtigten und fairen Abkommen zugeteilt.
- Die Unverletzlichkeit beider Staaten wird in einem zweiseitigen Abkommen (das auch dritte Garantiemächte einschließen kann) garantiert, das die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels wie Palästinas berücksichtigt.

Bundesregierung, EU und Friedensbewegung

16) Die Bundesregierung und die EU können diesen Prozess am besten dadurch unterstützen, dass sie sich in diesem Konflikt politisch neutral verhalten und sich für die ökonomische Entwicklung und soziale Wohlfahrt der Region engagieren. Über die hier beschriebenen Grundlagen hinaus tragen sie Verantwortung dafür,

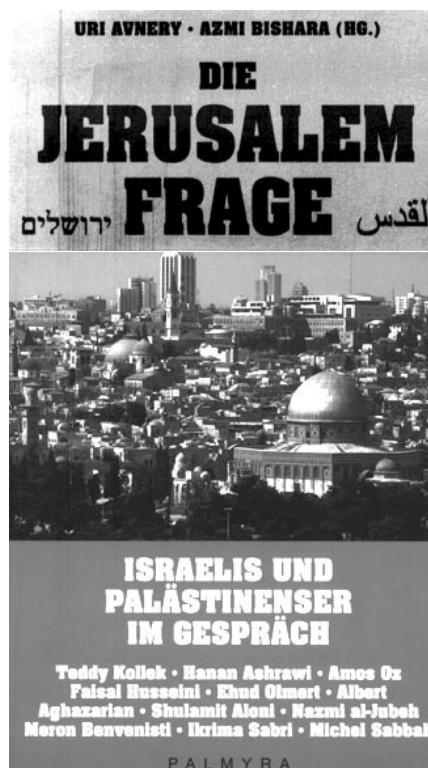
- dass auf beide Seiten diplomatischer Druck ausgeübt wird, damit die Linie der Gewalt und der andauernden Siedlungstätigkeit verlassen wird;
- dass jene EU-Bestimmungen aufgehoben werden, die den israelischen Siedlern in der Westbank und im Gaza-Streifen EU-Subventionen gewähren;
- dass keine weiteren Waffenlieferungen in die Krisenregion erfolgen.

17) Als Teil der deutschen Friedensbewegung, die sich in ihrer Gesamtheit der besonderen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk bewusst ist und deshalb sowohl das Existenzrecht Israels als auch die Lebens- und Menschenrechte der Palästinenser verteidigt, begleiten wir die von Gewalt und Hass geprägte Entwicklung mit großer Sorge. Der Bundesausschuss Friedensratschlag unterstützt alle politischen Kräfte und Initiativen auf beiden Seiten, die sich für eine nicht-rassistische, nicht-militärische und gewaltfreie Lösung des Nahostkonflikts einsetzen. Jegliche Form der Vorverurteilung ei-

ner der beiden Seiten lehnen wir ab, jede Form des Antisemitismus und Antiarabismus bekämpfen wir. Und jeglichen Versuch von außen, den israelisch-palästinensischen Konflikt im geopolitischen, militärstrategischen oder ökonomischen Interesse irgendeiner Welt- oder Regionalmacht zu instrumentalisieren, lehnen wir als unzulässige Einmischung ab. Einmischung ja – aber mit zivilen, friedlichen Mitteln, selbstlos und ausschließlich zum Wohl der betroffenen Völker. An diesen Kriterien werden wir auch die Nahost-Politik der eigenen Regierung messen. Frankfurt am Main / Kassel, 08. Juni 2001

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Bernd Guß und Peter Strutynski (Sprecher)

Bundesausschuss Friedensratschlag, c/o DGB, Spohrstr. 6, 34119 Kassel; Kasseler Friedensforum, Spohrstr. 6, 34117 Kassel, eMail: struty-pe@hrz.uni-kassel.de



Buchtipps: Uri Avnery, Azmi Bishara (Hg.)

Die Jerusalemfrage

Israelis und Palästinenser im Gespräch,
Palmyra Verlag, 1996

Ohne Zweifel ist die Auseinandersetzung um den Status Jerusalems eines der kompliziertesten Probleme in der verfahrenen Situation in Israel/Palästina. 1996 führten Uri Avnery, bekannter israelischer Friedensaktivist und Azmi Bishara, Professor an der palästinensischen Bir-Zeit Universität im Westjordanland eine Reihe von Interviews mit wichtigen Vertretern Israels und Palästinas, über die Lösung der Jerusalemfrage. Im folgenden ein Auszug aus der Einleitung, die von Uri Avnery verfasst wurde.

Wenn man das Problem Jerusalem wirklich lösen will, muss man die Stadt in ihrer Totalität sehen. In der Theorie kann man die verschiedenen Aspekte der Stadt einzeln behandeln und für jeden eine Lösung finden. Eine Lösung muss jedoch alle Aspekte umfassen.

Da ist die städtische Ebene – die Stadt, in der Menschen leben und sterben, spielen und lernen, arbeiten und beten, handeln und produzieren, Familien gründen; Menschen, die Wohnungen und Arbeit brauchen, Straßen und Strom, Wasser und Kanalisation. Das ist eine wirkliche Stadt, die verwaltet werden muss.

29 Jahre nach der sogenannten „Wiedervereinigung“ gibt es in Jerusalem keine gemischten Viertel. Die Viertel sind streng getrennt, entweder jüdisch oder arabisch; zwischen Juden und Arabern gibt es so gut wie keinen Verkehr. Heutzutage gibt es nur einen Stadtrat – den israelischen. Er wird von den Israelis gewählt. Bis auf ganz wenige Ausnahmen – vom eigenen Volk als Quislinge angesehen – nehmen die Palästinenser nicht an den Wahlen teil. Zwischen der Qualität der städtischen Dienste auf beiden Seiten besteht eine enorme Diskrepanz. Praktisch ist der Bürgermeister das gewählte Oberhaupt von Westjerusalem und der aufgezwungene Gouverneur von Ostjerusalem. So war es unter Teddy Kollek, dem genialen Propagandisten des Mythos vom vereinten Jerusalem, und so ist es unter seinem skandalösen Nachfolger Ehud Olmert.

Unter welchen Bedingungen wird Jerusalem in Zukunft eine von allen akzeptierte, vereinte Stadtverwaltung haben und der Vielfalt seiner Einwohner gerecht werden? Es gibt viele Lösungsmöglichkeiten.

Zum Beispiel: jedes Viertel wird seinen eigenen gewählten Stadtrat haben wie in vielen Großstädten, und über den einzelnen Stadträten wird eine gemeinsame Gesamtverwaltung stehen, deren Oberbürgermeister einmal ein Israeli und einmal ein Palästinenser sein wird. Der Gesamtstadtrat wird aus den Vertretern der einzelnen Viertel bestehen oder paritätisch direkt gewählt – die eine Hälfte von den israelischen Einwohnern, die andere Hälfte von den palästinensischen, unabhängig von ihrer Anzahl.

Der nationale Aspekt ist vielleicht der wichtigste. Die israelische Regierung betrachtet Jerusalem als die vereinte, „ewige und unteilbare Hauptstadt Israels“, in der niemand sonst nationale, souveräne Rechte haben darf. Die Palästinenser ihrerseits fordern ausnahmslos „Al-Quds esh-Sharif“ (das verehrte heilige Jerusalem) – also Ostjerusalem – als Hauptstadt ihres zukünftigen Staates Palästina. Eine andere Hauptstadt ist für sie undenkbar.

Wer einen wirklichen Frieden will, muss daher bereit sein, Jerusalem als eine gemeinsame Hauptstadt zweier Staaten, Israel und Palästina, zu akzeptieren.

Wie kann das funktionieren? Es gibt

mindestens zwei Modelle mit vielen Variationen. Das einfachste wäre, den Westteil zur Hauptstadt Israels und den Osten zur Hauptstadt Palästinas zu machen. Wenn die Stadt physisch ungeteilt und gemeinsam verwaltet bleibt, wird die Souveränität mehr symbolisch als praktisch sein und den Verkehr in der Stadt nicht behindern – wie ja auch Rom Hauptstadt zweier Staaten ist, von Italien und dem Vatikan; man überquert die Grenzen, ohne es zu merken.

Eine andere Lösung wäre eine gemeinsame Souveränität über ganz Jerusalem. Detaillierte Pläne zeigen, dass die komplexen juristischen Probleme, die damit verbunden sind – welches Recht gilt für wen? –, in der Praxis durchaus lösbar sind. Es bedarf aber viel guten Willens auf beiden Seiten, wie jede Lösung eine enge nachbarschaftliche Beziehung zwischen den beiden Staaten voraussetzt.

Solch eine Lösung wäre natürlich einzigartig, wie eben Jerusalem einzigartig ist. In dem kleinen Land, das die Palästinenser Filastin und die Juden Erez Israel nennen, leben heute zwei Völker, nicht zusammen, aber dicht aneinandergedrängt. Jerusalem ist und war beinahe immer die Hauptstadt des Landes. Es ist daher die Hauptstadt beider Völker, gleichzeitig eine israelische und eine palästinensische Hauptstadt. Dies ist ganz einfach eine Tatsache, und jede Lösung, die Bestand haben will, muss diese Tatsache berücksichtigen.

Im Rahmen einer solchen Lösung müssten auch die städtischen Grenzen neu gezogen werden. Die heutigen, nur israelischen Interessen entsprechenden Grenzen könnten keinen Bestand haben. Man kann auf die alten Grenzen zurückgehen oder aber auch, wie manche Palästinenser und Israelis vorschlagen, die Grenzen erweitern und die palästinensischen Vororte wie Abu Dis und Aram mit einbeziehen, um eine Art demographische Parität zu schaffen.

Das Hauptprinzip ist: Jede Lösung, wie immer sie auch aussehen mag, muss auf Gleichheit beruhen. Wenn Israelis in arabischen Vierteln leben dürfen, dann müssen auch Palästinenser das Recht haben, in jüdischen Vierteln zu wohnen, was ihnen heutzutage verwehrt wird. Wenn die neuen israelischen Viertel in Ostjerusalem bestehen bleiben, müssen auch die Palästinenser das Recht haben, neue Viertel in Westjerusalem zu gründen.

Das alles sind Vorschläge, über die man sich Gedanken machen kann. Sie dienen dazu, die Vielfalt der Möglichkeiten aufzuzeigen. Keine dogmatische, „einige“ Lösung darf als heilig angesehen werden. Aber die Einzelheiten der verschiedenen Aspekte dürfen nicht die Gesamtheit des Problems in Vergessenheit geraten lassen. Die Lösung muss allumfassend und Erzeugnis der schöpferischen Phantasie sein; sie muss Israelis und Palästinensern einleuchten und auch begeistern.

New Dokumentation über Prozesse gegen Frauen in der Türkei

Reden über sexuelle Folter kann strafbar sein

Reden über sexuelle Folter kann strafbar sein – diese Feststellung trifft eine Dokumentation, die im Mai 2001 in Freiburg erschienen ist. Mit der über dreißigseitigen Broschüre soll über das Verfahren vor dem Istanbuler Strafgericht informiert werden, bei dem 18 Frauen und ein Mann angeklagt sind, weil sie den türkischen Staat und seine Sicherheitsorgane „verunglimpt und verleumdet“ haben sollen. Ihr „Vergehen“: Sie haben im Juni 2000 einen Kongress zum Thema sexuelle Folter organisiert, dort als Betroffene berichtet, im Namen von Betroffenen gesprochen oder waren als Rechtsanwältinnen vertreten (siehe dazu Interview mit Jutta Hermann in Politische Berichte 6/2001)

Eine Frauendelegation aus der BRD beobachtete am 21.3.2001 den ersten Prozesstag und konnte im Anschluss Interviews führen, die auszugsweise wiedergegeben werden. Die Delegation setzte sich zusammen aus Rechtsanwältinnen und Frauen vom Berliner FrauenRechts-Büro gegen sexuelle Folter, sowie Frauen aus Freiburg, die in FlüchtlingsunterstützerInnengruppen, bei Kampagnen zur Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe oder in feministischen Strukturen tätig sind.

Die Broschüre ist gegliedert in die Kapitel:

- Reden über sexuelle Folter durch Sicherheitsbeamte kann strafbar sein
- Anklageschrift
- Bericht über den Prozessbeginn am 21.03.2001
- Interview mit Frau Nasli Top (Frau Top ist eine der Angeklagten. Sie hat bei dem Kongress im Juni 2000 über selbst erlebte sexuelle Folter berichtet.)
- Interview mit Frau Sultan Secil (Frau Secil ist ebenfalls angeklagt. Sie hat bei dem Kongress im Juni 2000 moderiert. Frau Secil ist selbst von sexueller Folter betroffen, hat aber während des Kongresses nicht darüber gesprochen.)
- Interview mit Mürüvet Yilmaz (Frau Yilmaz ist Vorsitzende des Frauenkulturvereins Dicle in Istanbul. Der Verein ist 1998 gegründet worden und wird von kurdischen Frauen getragen.)
- Interview mit Özgür Han, Nahide Kilic, Dr. Hayriye Ümrani (sie sind Mitglieder der 1993 gegründeten Organisation Proletarische Frauenvereinigung EKB).
- Emekci Kadınlar Birliği. Die drei Interviewpartnerinnen sind angeklagt, weil sie den Kongress im Juni 2000 mitorganisiert haben oder als Rednerinnen aufgetreten sind.
- Aktion von Amnesty International zu Frauenrechten
- Beschreibung des Projekts FrauenRechts-Büro gegen sexuelle Folter
- Zweiter Aufruf für eine Delegationsreise
- Pressespiegel

Die Dokumentation von Aysel Altas, Edith Lass und Barbara Pfisterer ist in einer ersten Auflage erschienen im Mai

2001 und ist erhältlich beim Feministischen Archiv Freiburg, Adlerstraße 12, 79098 Freiburg, zum Einzelpreis von 6 DM + Porto.

Der Prozess wird in diesen Tagen fortgesetzt. Zusätzlich sind weitere Prozesse gegen die Betroffenen angestrengt worden. Das Berliner Frauenrechtsbüro rief daher auf sich weiterhin an der Prozessbeobachtung und Berichterstattung zu beteiligen. Im folgenden Auszüge aus dem Aufruf:

Wir rufen daher erneut zur Teilnahme an Prozessbeobachtungsdelegationen für die Prozesse im Monat Juni 2001 auf.

Hintergrundinformationen:

1. Am 15.6.2001 findet vor dem Strafgericht Beyoglu/Istanbul um 11 Uhr der erste Hauptverhandlungstermin gegen die Rechtsanwältin Eren Keskin, Vorsitzende der Istanbuler Sektion des Menschenrechtsvereins und Mitbegründerin des Istanbuler „Büros gegen sexuelle Folter“, sowie gegen den Chefredakteur der Zeitung Yeni Gündem, Erdal Tas, wegen „Verunglimpfung der staatlichen Streitkräfte“ gem. Art. 159 Abs.1 Türkisches Strafgesetzbuch i.V.m. Art. 16 Abs.1 des Pressegesetzes statt.

Hintergrund ist die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Beyoglu vom 25.12.2000, in der es u.a. heißt:

„Durch die folgenden Ausführungen auf Seite 1 und 6 der Zeitung ist der Straftatbestand der Verunglimpfung der staatlichen Streitkräfte erfüllt: ... Keskin äußerte nach einem Besuch bei den Friedensmüttern in der Haftanstalt von Mardin: Die Mütter, deren Augen verbunden und die völlig entkleidet wurden, sind durch Militärs im Alter ihrer Enkelkinder sexuell misshandelt worden. In den Zellen wurde ihnen nicht erlaubt, sich zu setzen oder zu legen, sie wurden belästigt und mit Ausdrücken wie „Huren, Nutten“ beschimpft und gedemütigt....“

Das heißt, allein der Bericht von Frau Keskin über die von den „Friedensmüttern“ durchgemachte sexuelle Folter zwecks Unterrichtung der Öffentlichkeit, wird als Straftat bewertet und ist Grundlage dieses Prozesses.

2. Am 21.6.2001 findet um 14.40 Uhr vor dem Strafgericht Beyoglu/ Istanbul der Fortsetzungstermin des am 21.3.2001 begonnenen Strafverfahrens gegen 19 Angeklagte (16 Frauen, 3 Männer) statt, denen vorgeworfen wird, auf dem am 10. und 11.6.2000 in Istanbul durchgeführten Kongress gegen sexuelle Folter als Rednerinnen oder Organisatorinnen teilgenommen zu haben. Unter ihnen befindet sich auch die Rechtsanwältin des Istanbuler „Büros gegen sexuelle Folter“, Fatma Karakas. Rechtlich interessant ist, dass sich eine der Angeklagten, Frau Fatma Deniz Polatas, welcher in der Anklageschrift vorgeworfen wird, sie habe auf dem Kongress über die von ihr erlebte Folter und Vergewaltigung gesprochen, nachweislich zu diesem Zeitpunkt in Untersuchungshaft befand. Der Vater ei-

ner 16-jährigen Betroffenen, welche sich ebenfalls zum Zeitpunkt des Kongresses in Untersuchungshaft befand (siehe auch unten Nr. 4) ist ebenfalls angeklagt, da er statt seiner Tochter auf dem Kongress über die an seiner Tochter begangene Folter berichtet habe. Auch in diesem Verfahren wegen „Verunglimpfung des Staates und seiner Organe“ gem. Art. 159 Abs. 1 Türkisches Strafgesetzbuch werden die Angeklagten verfolgt, da sie öffentlich über die selbst erlebte sexuelle Folter berichtet oder als Anwältinnen und sonstige Unterstützerinnen die Praxis der sexuellen Folter in der Türkei, insbesondere auch in den kurdischen Gebieten, analysiert haben (wir berichteten).

3. Gegen 5 der 19 unter Punkt 2.) erwähnten Angeklagten ist nun aufgrund des selben Sachverhalts ein weiteres Strafverfahren, diesmal vor dem Staatssicherheitsgericht Istanbul wegen „separatistischer Propaganda“ und „Aufstachelung zu Hass und Feindschaft durch das Aufzeigen ethnischer, klassenbedingter und regionaler Verschiedenheiten“ gem. Art. 8 Abs.1 „Anti-Terror-Gesetz“ i.V.m. Art. 312 Abs.2 Türkisches Strafgesetzbuch eröffnet worden.

Eine der Angeklagten in diesem zweiten Verfahren wegen desselben Vorfalls ist Fatma Karakas, Rechtsanwältin und Mitarbeiterin im Istanbuler „Büro gegen sexuelle Folter“. Die Angeklagte Kamile Cigci ist Mandantin des Büros, die in Incommunicadohaft (d.h. ohne Kontaktmöglichkeit zu einem rechtlichen Beistand) schwer gefoltert und vergewaltigt worden war. Gegen die staatlichen Täter ist aufgrund der Aktivitäten des Istanbuler „Büros gegen sexuelle Folter“ nun in Mardin ein Strafverfahren anhängig. An dem Verfahren vor dem Staatssicherheitsgericht Istanbul lässt sich das Rechtsstaatsverständnis der Türkei deutlich aufzeigen:

Zum einen ist es unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten undenkbar, dass aufgrund ein und desselben Sachverhalts zwei verschiedene Strafverfahren eröffnet werden, zum anderen dient auch dieses Verfahren vorrangig der Einschüchterung der Betroffenen und ihrer Vertreterinnen. Der erste Hauptverhandlungsstermin wird am 28.6.2001 um 9 Uhr vor dem Staatssicherheitsgericht Istanbul stattfinden.

4. Ebenfalls im Zusammenhang mit den Arbeiten des Istanbuler „Büros gegen sexuelle Folter“ wurde Frau Rechtsanwältin Eren Keskin nunmehr durch Anklageschrift vom 10.4.2001 der Staatsanwaltschaft Hatay zum Strafgericht Iskenderun gem. Art. 268 Abs. 1-4 Türkisches Strafgesetzbuch angeklagt, die „Gerichtsbarkeit im Wege von Presseveröffentlichungen beleidigt zu haben“. Hintergrund ist ein durch das Istanbuler „Büro gegen sexuelle Folter“ eingeleitetes Strafverfahren gegen staatliche Täter wegen Folter und Vergewaltigung von zwei 16 und 19 Jahre alten Mäd-

chen in Incommunicadohaft. Eine der beiden ist die unter 2.) genannte Fatma Deniz Polatas, die andere (Name ist uns bekannt, Anm. d.Ü.) die dort genannte 16-Jährige. Nach dem ersten Hauptverhandlungsstermin gegen die staatlichen Täter in Iskenderun am 19.7.2000, der nur unter hohem Polizeischutz stattfinden konnte, da sich eine Menge faschistisch orientierter Beamter und anderer Personen zwecks Solidarisierung mit den staatlichen Angeklagten vor dem Gerichtsgebäude eingefunden und die Angehörigen der betroffenen Mädchen als auch die Anwältin Eren Keskin angegriffen hatten, soll Frau Keskin laut Anklageschrift der Presse gegenüber geäußert haben:

„... Es ist nicht so, wie sie behaupten, dass die Anwendung von Folter nur Einzelfälle beträfe, sie wird systematisch zur Anwendung gebracht, wozu nicht nur die Folterer selber beitragen. Auch diejenigen, die die Folterer straffrei ausgehen lassen oder nur hinter verschlossenen Türen gegen sie verhandeln, haben ihren Anteil an der fortbestehenden Systematik von Folter. Ceren und Deniz (die beiden betroffenen Frauen, Anm. d.Ü.) wurden sexuell gefoltert: dies ist die Form der Folter, die am unaussprechlichsten ist und ihre einzige Chance besteht darin, die an ihnen begangene Folter durch psychologische Gutachten attestieren zu lassen. Daher sind sie an das Psycho-Soziale Traumzentrum der medizinischen Fakultät Capa überwiesen worden. Aber entweder werden sie gar nicht zu den Terminen transportiert oder die Gendarmerie besteht drauf, mit im Behandlungszimmer zu verbleiben. Aus diesem Grund wird der gesamte Prozess in die Länge gezogen. Ich bin der Überzeugung, dass nach Erstellung dieser Gutachten das stattfindende Verfahren (gegen die Beamten, Anm. d.Ü.) eine entscheidende Wendung nehmen wird...“

Der Mut betroffener Frauen sowie von Menschenrechtsaktivistinnen, über die erlebte sexuelle Folter zu berichten, Anzeige gegen die staatlichen Täter zu erstatten und Öffentlichkeit herzustellen, sind entscheidende Schritte auf dem Weg, der Straflosigkeit staatlicher Täter von Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu bereiten. Genauso wichtig ist es, dass dies nicht nur als individueller Akt geschieht, da auch die Konfrontation mit staatlich organisierten, systematisch zur Anwendung gelangenden Menschenrechtsverbrechen nicht nur individueller Art ist. Den obigen dargestellten und anderen Repressionsmaßnahmen lässt sich nur gemeinsam etwas entgegensetzen. Öffentlichkeitsarbeit im Ausland ist dabei unverzichtbarer Bestandteil. Wir bitten daher alle, die unserem Aufruf folgen und an einer Delegation teilnehmen wollen, uns dies mitzuteilen.

Jutta Hermanns, Vorsitzende
Kontakt: FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter e.V., Friedelstraße 52, 12047 Berlin, Tel.: 0177 233 18 48, Mail: juttaprojektJTT@netscape.net

22.-24. Juni, Dortmund: UZ-Pressefest – Volxfest der DKP. Zum wiederholten Mal findet das UZ-Pressefest im Revierpark Wischlingen in Dortmund statt. Neben verschiedenen Diskussionsrunden zu den unterschiedlichsten Themen, ist auch für ein breites Kulturprogramm gesorgt. Ebenfalls werden verschiedene Organisationen und Initiativen, ihre Arbeit auf dem Pressefest vorstellen. Ihr Kommen zugestellt haben u. a.: Dietrich Kittner, Franz Josef Degenhardt, die Band „Brings“, Esther & Edna Bejarano, Erich Schaffner, Kai Degenhardt, Steve Baker, Sonja Gottlieb, Rolly Brings, Jane Zahn, Attila the Stockbroker, Steeldrummers Dortmund, Sabine Kebir, Werner Eberlein, Manfred Wekwerth, Bernhard Bayerlein, Peter Maiwald, Ellen Brombacher, Devrim Kaya, Doris Gercke uvm.

23. Juni, Bochum: Konferenz von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen: Konzepte zur Legalisierung von Menschen ohne Aufenthaltstitel. Näheres siehe PB 12, S. 11

23./24. Juni, Berlin: Internationaler Kuba-Solidaritätskongress. Kubanisch-Europäische Perspektiven. Kongresshalle am Alexanderplatz. Kubanisch-Europäische Perspektiven. Veranstalter: Netzwerk Cuba, PDS (Partei und BT-fraktion), GUE/NGL im Europaparlament, Cuba si, junge Welt.



23./24. Juni, Berlin: Humanität oder Rentabilität – wohin geht das Gesundheitswesen? Gesundheitspolitische Fachtagung der PDS-Bundestagsfraktion . Park-Klinik Weißensee in Berlin. Weitere Informationen über das Büro Dr. Ruth Fuchs (MdB): PDS-Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, Platz der Republik 1, Tel.: 030/227-72098, Fax: 030/227-76982

23.-24.Juni, Münster: 15. Ordentl. Bundesversammlung der Grünen / Bündnis 90, Halle Münsterland

25.-27. Juni, Barcelona: Protest gegen das Treffen der Weltbank in Barcelona.<http://www.pangea.org/mrg/>, <http://barcelona.indymedia.org>

16.-27. Juli, Bonn: Weltklimakonferenz

20.-22.7., Genua: G7/G8-Gipfel und Gegenaktionen. Offizielle Homepage: <http://www.palazzochigi.it/g8genova/logo.html> Tagungsort: Palazzo Ducale. Protestaktion fast aller größeren Netzwerke (It: Manitese [<http://www.manitese.it>], Fr: Attac [<http://www.attac.org>], Dt: Attac Deutschland [<http://www.attac-netzwerk.de>], ...), geplant: (Groß)Demo (21.07. gegen Rassismus und Migration), Kongress, kleinere Aktionen, Sa.: Großes Konzert der (internat. und ital.) Erlassjahrkampagne; Infos des italienisches Bündnis gegen den G7/G8 Gipfel [<http://www.genoa-g8.org>] (breites Bündnis reicht von kirchlichen Gruppen bis zu den sog. „Autonomen“. Infos in Deutsch: <http://www.attac-netzwerk.de/aktionen/genua.html>

2. bis 5. August: Linke Sommerschule in Sondershausen. Der **Kurs Geschichte** hat die *Einheitsfrontpolitik der KPD* in den 20er- und 30er-Jahren zum Thema. Der **Kurs Wirtschaft** wird sich diesmal auf die Frage konzentrieren, welche Widersprüche und Gegenbewegungen der Anspruch des

Kapitals auf gesellschaftliche Dominanz hervorbringt. Der **Kurs Philosophie** setzt sich mit den wissenschaftstheoretischen Grundlagen des Weltbildes und der Methoden der Naturwissenschaften (im Unterschied zu den Humanwissenschaften) auseinander. Ausführliche Beschreibung der Kurse in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte. In diesen Tagen erscheint auch das Faltblatt zur Sommerschule. Bestellungen bitte bei: Christiane Schneider, c/o GNN Hamburg, Adresse s. S. 2

9. September: Kommunalwahlen in Niedersachsen

14./15. September, Frankfurt: Antifaschistischer Widerstand und gewerkschaftlicher Kampf. Gewerkschaftshaus Frankfurt a.M., Historisch-politische Tagung aus Anlass des 90. Geburtstages von Willy Schmidt, ehem. Jugendfunktionär in Duisburg, Organisator der illegalen Arbeit an Rhein und Ruhr, führendes Widerstandsmitglied im KZ Buchenwald, Metaller und Zeitzeuge, u.a. mit: Jürgen Hinzer, Dieter Hooge, Reinhard Kühl, Günter Judick, Ulrich Schneider, Peter Scherer. Anmeldung erwünscht (bis 10.9.): Horst Gobrecht, Jahnstr. 8, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611/40 97 19

22. September, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

28.-30. September, Bremen: 17. FIff-Jahrestagung „2001 – Odyssee im Cyberspace? Wege und Irrwege der Informationstechnik“. Weitere Infos unter (als pdf-file) <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001/call.pdf>. Organisationsgruppe in Bremen: FIff-Jahrestagung 2001, z.Hd. Ralf E. Streibl, Universität Bremen, FB 3 – Informatik, Postfach 330 440, D-28334 Bremen, Tel.: 0421/2010174, e-mail: fiff2001@informatik.uni-bremen.de, <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001> Kontakt: Forum InformatikerInnen für Frieden (FIFF), Frau Hülsmann, Medemstade 64, 21775 Ihlienworth, Tel.: 04755/911154, Fax: 04755/911026 E-Mail: fiff@fiff.de . Internet: <http://www.fiff.de>

6./7. Oktober, Dresden: Parteitag der PDS

13./14. Oktober, Erkner (bei Berlin): 3. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS

Freitag/Samstag, 6./7. Juli 2001

9. isw-forum

Gesundheit – ein Mordsgeschäft

Nach der Wahl 2002 will die Bundesregierung das Gesundheitssystem radikal „kurieren“. Wie bei der Rente soll sich der Bürger stärker an den Kosten beteiligen. Was bei der Regierung bis zur Bundestagswahl noch in der Schublade liegt, forderte Arbeitgeberpräsident Hundt bereits offen: Reduzierung der medizinischen Versorgung auf einen „Grundstandard“. Wer mehr will, soll es sich nach dem Muster der Rentenreform hinzukaufen. Im Klartext heißt das: Abbau von Leistungen, Aufgabe des Solidarprinzips und Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Die Allianzversicherung wittert bereits ein neues Milliarden geschäft: Sie fordert „Kapitaldeckung im Gesundheitswesen“. Aufklärung und Widerstand tut Not! Gesundheit ist ein Gut – keine Ware!

Freitag, 6. Juli – 19.00 Uhr

Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe: Zur sozialen Anatomie des Gesundheitssystems – Neoliberalismus und Gesundheitspolitik

Samstag, 7. Juli, 10.00 bis 17.00 Uhr

Dominik Schirmer (ver.di Bayern): Mythen, Ideologien und „Geheimoperationen“ – die Gesundheitspolitik der Bundesregierung(en)

Steffi Nitschke (Betriebsratsmitglied, Großklinikum Kassel): Privatisierungsbestrebungen – am Beispiel des Großklinikum Kassel

Prof. Dr. Peter Eckert (Autor, Bonn): Gesundheit unter dem Profitdiktat des Pharma-Kartells

Prof. Dr. Horst Spaar (Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V.): Das Märchen von der Unbezahlbarkeit der Gesundheitsversorgung

**München, Neuhauser Trafo,
Nymphenburger Str. 171-173 (U1 Rotkreuzplatz)**

Veranstalter: isw, institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Eintritt: pro Tag DM 10; beide Tage DM 16 (ermäßigt jeweils die Hälfte)

Kontakt: isw e.V., Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München, Tel. (0 89) 13 00 41, Fax (0 89) 1 68 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de